

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

107 (10.5.1921)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.- M. einchl. 50 s. Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelempl. 25 s. Ausgabe: Wertags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 4.850 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Ultimatum und Regierungsbildung

Die Haltung der Parteien zum Ultimatum — Wechselnde Auffassungen — Versuche, die Sozialdemokratie zur Regierungsbildung heranzuziehen — Bedingte Annahme des Ultimatums durch die Sozialdemokratie

### Das Ultimatum wird angenommen

Berlin, 10. Mai. (Telunion.) Sämtliche Parteien haben im Laufe des gestrigen Abends noch Fraktionsführungen abgehalten. Die Sozialdemokratie ist unter der Bedingung, daß die bayerische Regierung sich zur Entlohnung der Einwohnerwehren bereit erklärt, das Zentrum unter der Bedingung, daß die beiden anderen großen Regierungsparteien ebenfalls annehmen, zur Unterzeichnung bereit. Volkspartei und Demokraten haben sich noch nicht entschieden, ihre Entscheidung dürfte für die späten Nachmittagsstunden oder für den heutigen Vormittag zu erwarten sein. Die Wahrscheinlichkeit für die Annahme des Londoner Ultimatums ist gewachsen. Der Auswärtige Anstich, der gestern abend ebenfalls tagte, beschäftigte sich mit der oberirdischen Frage sowie mit den wirtschaftlichen Bedingungen der Londoner Konferenz.

Berlin, 10. Mai. (Telunion.) Um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, ihre gestern abend gefassten Entschlüsse am heutigen Tage endgültig zu formulieren und nach neuen Besprechungen vielleicht eine gemeinsame Erklärung zustande zu bringen, soll der Reichstag wahrscheinlich erst nachmittags 1 Uhr zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Diese wird sich in erster Linie mit der oberirdischen Frage befassen. Im Anschluß hieran, oder wenn es sein muß, in einer besonderen Sitzung am späten Abend wird dann die Frage des Londoner Ultimatums erörtert werden, sobald mit ziemlicher Sicherheit mit einer Nachsitzung zu rechnen ist, da die Entscheidung auf jeden Fall bis Mittwoch mittag getroffen sein muß.

Berlin, 10. Mai. (Telunion.) Der Reichstag hat die Resolutionen angenommen, die die Sozialdemokratie und die Demokraten für die Ablehnung des Ultimatums, während die Stellung der bayerischen Volkspartei sich überhaupt noch nicht klar fassen läßt. Von der Regierung sprachen in der gestrigen Sitzung des interfraktionellen Ausschusses Reichsaussenminister Dr. Simons, Dr. Müller und die Staatssekretäre Röder und Bergmann. Alle vier Redner sprachen sich im Prinzip für die Annahme des Ultimatums aus. Fast alle Redner von den Abgeordneten waren skeptisch, selbst Männer wie Gohse machten ihre Bedenken gegen die Unterzeichnung geltend.

### Eine Kundgebung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteienausschusses

Berlin, 9. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteienausschuss haben eine gemeinsame Entschlüsse gefasst, in der es heißt: Die Annahme des Ultimatums hat nur dann einen Zweck, und die Befreiung des Ruhrgebietes ist nur dann zu verhindern, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltlose Erklärung abgibt, die Einwohnerwehren bis zum 30. Mai zu entlassen und aufzulösen. Die Forderungen widersprechen dem Friedensvertrag. Sie überschreiten weitens die deutsche Leistungsfähigkeit und fordern unseren schwachen Protest heraus. Aber unter dem Druck der militärischen Gewaltandrohungen erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ersten Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzplans zu unterstützen. Die Resolution schließt mit der Erklärung, daß die Erfüllung des Ultimatums vor allem von dem Erfolge des Bürgerkriegs abhängt, dem die Verantwortung für das kommende in erster Linie zufällt.

### Eine neue Koalition einschließlich der Sozialdemokraten?

Berlin, 10. Mai. Die „Voss. Stg.“ hört, haben sich Zentrum und Demokraten damit einverstanden erklärt, gemeinsam mit den Sozialdemokraten eine neue Koalition auf der Grundlage der Annahme des Ultimatums zu bilden.

Berlin, 10. Mai. Laut „Voss. Stg.“ kommt auch der Mehrheitssozialdemokrat Müller als Reichskanzlerkandidat in Betracht.

Inwiefern es sich bei dieser Meldung nur um Vermutungen handelt, ist von hier aus im Augenblick nicht zu übersehen. Ohne bestimmte Garantien dürfte die Fraktion sich kaum zum Eintritt in die Regierung entschließen.

### Ein Abkommen mit Sowjetrußland

Berlin, 9. Mai. Im Auswärtigen Amt wurde ein Abkommen zwischen Deutschland und Sowjetrußland zur Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der beiderseitigen Delegationen, sowie ein Ergänzungsabkommen über die Heimkehr der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinterne unterzeichnet. Ferner regelt das Abkommen u. a. die Voraussetzungen des beiderseitigen Handelsverkehrs. Hierbei vertritt sich die Sowjetregierung, im Gebiete von Sowjetrußland Rechtsgebiete nur mit Schiedsgerichtsbarkeit abzuschließen. Für die in Deutschland abgeschlossenen Rechtsgebiete unterwirft sie sich den deutschen Gesetzen für privatrechtliche Verbindlichkeiten der deutschen Gerichtsbarkeit und zur Vollstreckung, soweit es sich um Verbindlichkeiten aus Rechtsgeheimnissen mit Deutschen handelt, die nach Abschluß dieses Abkommens eingegangen sind. Deutschen, die sich nach Rußland begeben, wird die Unberücksichtigung ihres gesamten

### Die Stellung der Parteien zum Ultimatum

Berlin, 10. Mai. In später Nachstunde erhält die Telegraphen-Linien von informierter Seite folgende Mitteilung über das Ergebnis der letzten Beratung: Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sind für die Ablehnung des Ultimatums, ebenso die Demokraten, das Zentrum ist für die Annahme, die Sozialdemokraten sind bedingt für die Annahme. Der Reichspräsident hat dem Präsident des Reichstags die den Auftrag zur Bildung des Kabinetts gegeben. Dieser lehnte ab, schließlich ab mit Rücksicht auf die Haltung des Zentrums. Es sind neue Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei eingeleitet worden. Falls eine Aenderung in der Haltung des Zentrums eintritt, so ergibt sich eine Mehrheit gegen das Ultimatum, andernfalls wäre mit einer Mehrheit einschließlich der Unabhängigen für die Annahme des Ultimatums zu rechnen.

### General von Seekt und die Volkspartei

Berlin, 10. Mai. Das Berliner Tagblatt meldet: In der Sitzung der Deutschen Volkspartei nahm als Gast auch General von Seekt teil. Er vertrat den Standpunkt, daß man an der Entlohnung der bayerischen Einwohnerwehr und den Leistungen der Verhandlungen mit den Alliierten nicht scheitern lassen dürfe, da eine Befreiung des Ruhrgebietes ohnehin unserer Wehrmacht alle diese Voraussetzungen nehmen würde. Die weitere Aussprache der Deutschen Volkspartei ließ erkennen, daß die große Mehrheit der Fraktion sich gegen die Annahme des Ultimatums aussprach. Nach ungefährender Schätzung kämten 50 für Ablehnung und nur 6, darunter Stresemann, für Annahme sein.

### Die Regierung des bürgerlichen Wahlzuges vom 6. Juni 1920

Dem „Volkshfreund“ ist es in bürgerlichen Kreisen sehr verdacht worden, daß wir wiederholt die Regierung Fehrenbach scharf angegriffen haben. Dazu trieb uns wirklich nicht die Lust an der Kritik, sondern einfach die Pflicht, nachdem sich immer deutlicher die große Schwäche, die mangelnde Entschlußfähigkeit und auch die politische Unfähigkeit des Kabinetts Fehrenbach zeigte. Durch die volksparteilichen Mitglieder wurde das Kabinett Fehrenbach an jedem Versuch zweckmäßiger Arbeit gehindert, die Demokraten Koch und Geßler verbesserten dieses Kabinett auch nicht. Herr Koch zeigte Annäherungen, die für einen Deutschnationalen passend, für einen Demokraten aber unmöglich sind, und Herr Geßler ist ein ganz guter Mann, womit von ihm das Beste gesagt ist. Es ist beachtenswert, daß ein solches Urteil nun endlich auch die „Frankfurter Zeitung“ über das Kabinett Fehrenbach fällt. Sie schreibt:

Der Ausweg der Demission, mit dem sich das Kabinett Fehrenbach-Simons am Vorabend des Ultimatums aus einer verwickelten Lage zurückzog, stellt sich immer mehr als eine pflichtvergeßene Torheit heraus. Diese Demission war nicht etwa ein Beschlus, sondern das Zeichen der vollkommenen Entschlußlosigkeit, in der sich diese Regierung befindet. Wollten sie zurücktreten, so war das Scheitern der Londoner Konferenz dazu der Augenblick. Auf Ersuchen des Reichspräsidenten führt das Kabinett bis zur Ernennung eines neuen die Geschäfte, aber was das bedeuten soll, wissen wir nicht, denn der wichtigsten Funktion einer parlamentarischen Regierung, der sachkundigen Information und Beratung der Volkvertretung entzieht sich dieses Kabinett gerade in den Tagen der schwersten Krise. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat heute nachmittags vier Stunden über das Ultimatum beraten. Kein Minister war anwesend, nur einige Staatssekretäre hatten sich in die Sitzung gemagt.

Ist das ein Verhalten, das Männern ziemt, wie den Herren Fehrenbach, Simons, die ob ihrer Pflichttreue Tag und Nacht gepriesen werden?

### Lloyd Georges zweifelshafte Haltung

Berlin, 9. Mai. (Unterhaus.) Kennworthy fragte, ob das deutsche Reparationsgesetz in Kraft bleiben werde, falls die augenblickliche Regelung zu einem betriebliehenden Abschluß gelange? Lloyd George erwiderte, er müsse erst sehen, wie sie arbeite. In Beantwortung weiterer Anfragen erklärte Lloyd George, er könne keine Antwort erteilen, bevor er wisse, daß Deutschland die Bedingungen angenommen habe. Baldwin brachte Entschlüsse ein, die die Grundlage der Industrieausbildung bilden sollen und die sich mit der Schließung der Währungsfrage und der Dumping befassen.

## Die nächsten Folgen des Finanzdikts

Für den Politiker, der binnen wenigen Tagen entscheiden muß, ob das Finanzdiktat der Entente anzunehmen oder abzulehnen ist, hat es kein allzugroßes Interesse zu wissen, ob der ganze Finanzplan der Reparationskommission durchzuführen ist oder nicht. Er wird also die Frage anders betrachten als der nationalökonomische oder finanzwissenschaftliche Theoretiker, dem es gewiß nicht schwer fallen wird, für die Undurchführbarkeit des Gesamtplanes durchschlagende Gründe vorzubringen. Für den praktischen Politiker ist es wichtiger zu wissen, wie sich unsere Lage in der nächsten Zeit gestalten wird, wenn wir annehmen und wie, wenn wir ablehnen.

Bei solcher Betrachtungsweise spielt die Totalsumme der Schuld eine verhältnismäßig geringe Rolle. Außerdem steht diese noch gar nicht genau fest. Von den 132 Milliarden sind die bereits bezahlten 8 abzuziehen, ferner ziemlich große Summen, die sich daraus ergeben, dann der Wert des bisherigen deutschen Staatsigentums in den abgetretenen Gebieten in Anrechnung gebracht wird. Die österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Beiträge dagegen, die zur Entlastung Deutschlands dienen sollen, wird man wohl in den Kaufschilling schreiben müssen. Hinzurechnen ist der Betrag der belgischen Schuld an die Alliierten, die erst später festgelegt werden soll.

Von diesen annähernd 132 Milliarden sollen demnach in Bewegung gesetzt werden, 12 bis zum 1. Juli und 38 bis zum 1. November des Jahres. Das kann geschehen, wenn man z. B. 50 Milliarden Schuldverschreibungen, von denen jede auf 1000 Goldmark lautet, der Reparationskommission übergibt. Da Reich braucht diese Stücke nicht in barem Gelde einzulösen, sondern nur mit 5 Prozent verzinsen, außerdem muß es jedes Jahr jedes hundertste Stück, also im ganzen jährlich 50 000 Stücke, die ausgelöst werden, gegen bares Geld einlösen (tilgen). Bei jedem Stück befindet sich ein Couponbogen, jeder Coupon lautet auf 50 Goldmark, die zum Fälligkeitsstermin zu bezahlen sind. Zinsen und Tilgungsquote betragen zunächst zusammen 3 Milliarden Goldmark jährlich und verringern sich mit fortschreitender Tilgung. Dann kann aber die Reparationskommission beginnen, Teile von den restlichen 82 Milliarden in den Verkehr zu bringen, jedoch eine tatsächliche Verringerung nicht eintreten würde. (Ob wirklich Stücke zu 1000 Goldmark oder größer ausgegeben werden, soll noch bestimmt werden. Das Beispiel ist nur gebraucht, um die Sache anschaulich zu machen.)

Die soll Deutschland die für Tilgung und Verzinsung nötigen Summen leisten? Es soll in Gold, Waren, Arbeitsleistungen, bestimmten fremden Geldorten jährlich zunächst eine feste Summe von zwei Goldmilliarden bezahlen. Außerdem ist vor allem, was aus Deutschland ausgeführt wird, 26 Prozent des Wertes zu bezahlen. Beträgt die deutsche Gesamtanfuhr beispielsweise 5 Milliarden Goldmark, so sind 1,3 Milliarden Ausfuhrabgabe zu bezahlen, die den Exporteuren in deutscher Währung zurückerstattet sind.

Bis zum 31. Mai hat Deutschland eine Milliarde Goldmark zu zahlen, damit sind die beiden ersten Vierteljahresraten der jährlichen Zweimilliardenschuld beglichen, die somit am 15. Juli und am 15. Oktober fällig geworden wären. Die nächste Vierteljahresrate von einer halben Milliarde ist dann erst wieder am 15. Januar 1922 zu bezahlen. Da die deutsche Regierung in ihrer Note an Amerika die sofortige Zahlung einer Milliarde angeboten hat, diese also wohl geleistet werden kann, wäre der 15. Januar nächsten Jahres der erste Termin, zu dem Deutschland in Zahlungsschwierigkeiten geraten könnte, — aber natürlich nicht schon geraten muß.

Es entsteht noch die Frage, ob Deutschland der Ausfuhrabgabe enttrinnen kann, wenn es das Ultimatum ablehnt. Diese Frage ist in der Hauptsache zu verneinen, da ja die Entente Staaten in Verfolg der früher verhängten „Sanktionen“ eben schon dabei sind, diese Ausfuhrabgabe durchzuführen. Die Belastung der deutschen Ausfuhr und der Abgabe wird also erfolgen, ob Deutschland das Ultimatum annimmt oder nicht.

## Die Religion als wahlagitorisches Hilfsmittel

G. Sch. Im kommenden Herbst finden in Baden Landtagswahlen statt, unter Umständen ist auch mit baldigen Reichstagswahlen zu rechnen. Das badische Zentrum weiß, daß die kommenden Wahlkämpfe schwere werden und es trifft bereits Wahlvorbereitungen. Was natürlich sein gutes Recht ist. Es weiß auch, daß es bei den Bauern mit den Deutschnationalen, bei den anderen erwerbstätigen Schichten mit der Sozialdemokratie hart wird kämpfen müssen. Der auch dem Nichtsozialdemokraten sichtbare erfreuliche Aufschwung unserer Bewegung in Baden, ist besonders vom Zentrum genau beobachtet worden. Dazu kommt, daß nicht mehr in dem früheren Maße die bisherigen Zentrumswähler einfach hinter der offiziellen Zentrumspartei herlaufen. Auch die Zentrumswähler sind zum Teil kritischer gestimmt worden, wozu noch sehr lebhaft und zum Teil auch recht tiefe Gegenjüge im Zentrum selbst kommen. Ferner

ist dem badiſchen Zentrum nicht unbekannt, daß es bei der Landtagswahlbewegung bei der Behandlung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen gegenüber der Sozialdemokratie nicht mehr dieselbe Bewegungsfreiheit hat wie einst; das ist eben die unvermeidbare Folge jeder Koalitionspolitik. Endlich scheint ein Teil auch des badiſchen Zentrums ein bißchen Neue über die republikanischen Anwandlungen im November 1918 und über die Befähigung für die Republik zu empfinden, was im Kampfe sowohl gegen Rechts wie gegen Links dem Zentrum die maßhaltige Position auch nicht gerade erleichtert.

In dieser Situation greift das Zentrum zu dem alten Maßstab, die Religion als Hilfsmittel zu mißbrauchen. Die Religion wird von den Zentrumsherren nicht nur um ihrer selbst willen geschätzt, sondern, seit es eine Zentrumsparlei gibt, besonders auch als wertvolles Hilfsmittel im politischen Kampfe. So muß nun Herr Dr. Reinfried, offenbar der neue Zentrumspräsident für die Verwertung der Religion im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie, im „Badischen Beobachter“ den Versuch unternehmen, den „Volksfreund“ zu einer Religionsdebatte zu provozieren. In einer Front von reichlich 250 Druckstellen rüdt der Herr Doktor gegen den bösen „Volksfreund“ vor.

Herr Reinfried sucht zu „beweisen“, daß die Sozialdemokratie religionsfeindlich sei. Sein Hauptzeugen dabei ist — Adolph Hoffmann. Und um den Zentrumslesern einzureden, daß diese angebliche, in Wahrheit natürlich niemals bestehende Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie so groß und so tragisch sei, daß jeder brave Zentrumsmensch eine Gänsehaut bekommen muß, fabuliert Herr Reinfried, die badiſchen sozialistischen Gewerkschafter seien in lebhaftester Mißbilligung gegen die Sozialdemokratie ergriffen. Und diese Mißbilligung „liegen in den Bedürfnissen der Seele und des Geistes“. Ganz offenbar hat Herr Dr. Reinfried dabei nur einen Gewerkschafter im Auge, der früher hier in Karlsruhe der Partei angehörte und der sowohl bolschewistische wie stark religiöse Neigungen hat. Und da kommt es Herrn Dr. Reinfried nicht darauf an, den einen — ehemals sozialdemokratischen — Gewerkschafter einfach der Schnelligkeit halber und um des „guten“ Zweckes willen, für alle anderen gelten zu lassen. Und weiter erklärt Herr Dr. Reinfried: „Mit der bisherigen Weltanschauung und religiösen Auffassung kommt der deutsche Sozialismus nicht weiter, das sehen auch ehrlich denkende Sozialisten selbst ein, und diese bemühen sich, wie der Parteitag in Baden-Baden gezeigt hat, dem Sozialismus neue Wege zu weisen.“ Nun hat freilich der Parteitag für diese Wegweiser wenig Verständnis gehabt. Herr Dr. Reinfried greift, zur Verächtlichmachung und Bekämpfung der Sozialdemokratie, zu dem alten und so diskreditierten Mittel, nur die heuchlerische Sozialdemokratie der (angeblichen) Religionsfeindlichkeit zu bezichtigen, genau wie unsere Hurra- und Krogenpatrioten früher die deutsche Sozialdemokratie allein der angeblichen Vaterlandslosigkeit geziehen und die ausländischen Sozialisten als vaterländische Musterknaben hingestellt haben. Der neue Spezialist des badiſchen Zentrums für den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken muß also zu den abgenutzten Wahlmannsdornen der Nationalliberalen und Konservativen greifen. Einst hatte das Zentrum Geist und Willen genug, um nach eigenen Ideen Wahlmänner durchzuführen; jetzt scheint es sich dabei auf den Anleihenweg zu begeben.

Dabei ist ebenso charakteristisch wie unaufrichtig zu bemerken, daß das Zentrum doch tatsächliche Bedenken darüber empfindet, ob man Herrn Dr. Reinfried allein als Autorität loslassen kann. Darum muß der Herr sich ausdrücklich darauf berufen, daß der Herr Geistliche Rat Dr. Schöfer ganz seiner Meinung sei. Da gleichzeitig auch der Schriftleiter des „Beobachter“ Geistl. Rat ist, so kann — Prophezei rechts, Prophezei links, Das Weltkind in der Mitten! — Herr Dr. Reinfried sich eher und vielleicht auch glaubwürdiger vor den Zentrumslesern und Wählern sehen lassen. Herr Dr. Reinfried legt dem „Volksfreund“ elf Fragen vor und streng, wie der Herr Kaplan im Religionsunterricht, fordert er von uns Antwort, „zwecks politischer Aufreinigung“. Ach nee, Herr Doktor! Diese Luft zu reinigen, in der Sie so lebhaft herumgeschwätzt sind, das ist nicht so leicht zu geschehen. Aber außerdem: wir denken gar nicht daran, auf die uns vorgelegten Fragen zu antworten. Und dem Herrn Doktor wie den hinter ihm stehenden Zentrumsherren wollen wir auch sagen, warum wir nicht daran denken, zu tun, was sie wünschen. Erstens grundsätzlich: die Religion ist für uns Privatangelegenheit. Es geht weder den „Volksfreund“ noch die Partei das allerge-

ringste an, wie die Mitglieder der Sozialdemokratie zur Religion, zur Kirche usw. stehen. Religiöse Disputationen gehören u. E. nicht in den politischen Kampf. Wie wir die Pfaffenfreiheit eines Adolph Hoffmann verabscheuen, so verabscheuen wir auch den groben Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken, so wie es Herr Dr. Reinfried in dem von einem katholischen Geistl. Rat geleiteten Zentrumsblatt versucht. Diesen groben Anflug machen wir nicht mit. Der „Volksfreund“, der Eigentum der sozialdemokratischen Arbeiterſchaft ist, ist dazu da, um die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interessen der Arbeiter wie aller erwerbstätigen Schichten zu vertreten, nicht aber um religiöse Fäulereien zu verüben. Wenn, wie Herr Dr. Reinfried behauptet, diese unsere Stellungnahme der Sozialdemokratie angeblich so schädlich sein soll, so kann er sich ja freuen. Warum aber dann der frampffähige Versuch, uns von dieser Haltung abzubringen? Etwas aus Liebe zum Sozialismus?

Nein, verehrte Zentrumsherren, mit dem „Volksfreund“ werden Sie kein Glück haben bei der Spekulation, die so dringend gebotene gründliche Aussprache im Wahlkampf über politische, wirtschaftliche und soziale Fragen durch eine Religionsdebatte hintertreiben zu können. So wenig, wie die Sozialdemokratie religionsfeindlich ist, so wenig wir, jemals in Verjudung kommen könnten, religiöse Gefühle irgendwelcher Menschen zu verletzen, so wenig wird das Zentrum bei uns damit Glück haben, wenn es uns zur Verübung seines alten Wahltriebes bemühen will. Die elf Fragen zu beantworten, hätte aber auch um deswillen keinen Sinn, weil wir nur für uns, d. h. für den Schreiber dieser Zeilen selbst antworten könnten, nicht aber für die ganze Partei. Die Partei ist auf religiösem Gebiete neutral und überläßt es jedem ihrer Mitglieder, sich nach seinen Bedürfnissen und nach seinen Neigungen religiös zu betätigen oder nicht zu betätigen. Also: mit dem „Volksfreund“ ist nichts zu machen, das Zentrum muß sich schon andere aussuchen. Wir sind im übrigen auch zu gut und zu gründlich katholisch geschult worden.

### Konrad Haukmann und das Ultimatum

Im „Berliner Tageblatt“ äußert sich der bekannte württembergische Demokratenführer Konrad Haukmann über die Sanktionen und das Ultimatum u. a. wie folgt:

„Der Ultimatumvorstoß sucht Deutschland in neue rechtsverbindliche Verpflichtungen hineinzuziehen, von denen kein Deutscher, kein Gegner und kein Neutraler sagen kann, wie sie erfüllt werden können.“

Der heisse Wunsch Frankreichs, militärisch einzurücken, unterläßt freilich an sich das Klaidoyer der Engländer, man solle den Franzosen die Möglichkeit, schon im Mai einzurücken, durch Unterzeichnung nehmen. Aber der Rheinmarsch, abgekauft durch eine unaufbringliche Summe, wird mit einer an die Gewissheit grenzenden Wahrscheinlichkeit automatisch durch die Zahlungsmöglichkeit herbeigeführt und den Franzosen als Recht durch Annahme der Ultimatumforderung ausdrücklich zugestanden. Das ist doch das Katz- und Mauspiel seit zweieinhalb Jahren: unerfüllbare Bedingungen auszuwerfen, um deren Nichterfüllung zum Rechtsgrund neuer Beschuldigungen, neuer Abhängigkeit und neuer unerfüllbarer Strafauflagen zu machen.

Es fehlt uns nach zweieinhalbjähriger Erfahrung jeder Glaube in die Gerechtigkeit des Gegenüberstandes, jedes Vertrauen in seine bona fides. Frankreich wird einmarschieren, es wird die Bedingungen annehmen oder nicht annehmen, aber seine Lage wird durch unsere neue Unterschrift neu verbessert sein.

Die Behauptung, daß Deutschland durch die Ausführung der Sanktionen auseinanderfallen werde, ist ein Irrtum, dem sich der Feind hingibt. Der Grimm über graulame Leiden hat die Kraft, zu binden. Ich weiß keinen Deutschen, der nicht grundsätzlich eine Antisanktionspolitik mitmachen könnte, in der Sie so gut, alle Einzelfragen „klug“ abwägen. Aber gerade dann wird man nur Politik auf 14 Tage machen. Man soll von Deutschland sagen können: „Da ist der Kluge wieder einmal klug genug gewesen, nicht klug zu sein.“ Dann werden die Franzosen auf Steinlöcher beißen. Wir bananen die Katastrophe nicht durch ein unerfüllbares Ja. Wir drehen uns einen neuen Strick.“

### Die Wirkungen der neuen Eisenbahntarife auf die Lebensmittelpreise

Darüber äußert sich der Direktor der Berliner Zentralmarkthalle wie folgt:

„Die Frage, die wohl vielen Hausfrauen auf der Zunge schwebt, lautet: Werden die Lebensmittel billiger werden? stellt den Interessenten leider kein günstiges Horoskop. Um bei den zuletzt genannten Eiern zu bleiben: im Großhandel kostet das Schock 60 bis 70 M. Im Kleinhandel wird also, wenn auch die Engrospreise noch sinken sollen, das Ei nicht unter 1,10 M. verkauft werden können.“

„Ein Hauptgrund, weshalb ein Sinken der Lebensmittelpreise vorab nicht zu erwarten ist, liegt in der Verteuerung der Frachtkosten. Diese gehen alle Preissteigerungen wieder auf. Man wird, um Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen bieten zu können, mehr als bisher auf die benachteiligten Produktionsgebiete sich beschränken und auf den Bezug von Lebensmitteln aus weiten Fernen verzichten müssen. Denn die Güterbahntarife bedeuten sehr wenig für ein sich teure Luxuswaren, belasten aber unerträglich die schwerwiegenden und verhältnismäßig wenig kostenden Lebensmittel. Zunächst hat die Zufuhr aus dem Auslande erheblich eingeschränkt werden müssen. Ein Güterwagen von Holland bis nach Berlin erfordert jetzt ungefähr 8800 M. Fracht. Eine holländische Gurke wird mit einer Fracht von 1,50 M. und ein Kohlkopf gar mit einer Fracht von 2 M. belegt. Ein Bund Radieschen verteuert sich durch den Transport um 8 M. Um das doppelte verteuert sich der Transport aus Italien. Ein Güterwagen kostet 16 000 M. Transportgeld.“

Am 1. Juni wird nun die Zwangswirtschaft für Milch und Butter aufgehoben. Die allgemeine Hoffnung geht dahin, daß beide so lebensnotwendigen Nahrungsmittel endlich überhaupt und zweitens zu erschwinglichen Preisen käuflich sein werden. Einen tiefen Strich durch diese Hoffnungen werden nicht zum wenigsten die Güterbahntarife machen.“

### Revolutionär oder militaristisch?

Die Kommunisten behaupten die durch das Ententeultimatum wie die Aufstandsbewegung in Oberösterreich gezielte Erregung der öffentlichen Meinung, um neue Vertreibung in die Reihen der Arbeiterſchaft zu tragen. Während man sich in den beiden sozialistischen Parteien über den Charakter der Aufstandsbewegung völlig im Klaren ist, kein Zweifel darüber besteht, daß es sich um eine dem Friedensvertrag und allen Verträgen des Völkerrechts zuwiderlaufende Erhebung militärischer Gewalt handelt, behaupten die Kommunisten, daß das oberösterreichische Proletariat eine revolutionäre Bewegung entfacht habe, die sich gleichmäßig gegen den polnischen wie deutschen Kapitalismus richtet. Demzufolge fordert die Zentrale der K.P.D. in einem „An das deutsche Proletariat“ gerichteten Aufruf die oberösterreichische Arbeiterſchaft auf, den „Generalstreik“ auszubringen, ihn auf alle Schichten, allen Sittenwerken, allen Gütern zu führen, sie fordert politische Mäße, Betriebsbesetzung und Bewaffnung der oberösterreichischen Arbeiterſchaft.

In der Geschichte der kommunistischen Demagogie wird dieser Aufruf einmal eine besonders führende Rolle spielen. Niemals ist eine Bewegung offenkundiger auf militärische und nationalpolitische Kreise zurückzuführen gewesen, wie der gegenwärtige Aufruf der polnischen Insurgenten. Von irgend welchen revolutionären Momenten war nicht das Mindeste zu merken und der Kampf ging und geht wieder gegen die Deutschen noch gegen die preussischen Grundbesitzer und Kapitalisten, sondern er wird von einer Anzahl polnischer Nationalisten geleitet die es verstanden haben, einen kleinen Teil der Arbeiterſchaft durch Vorpiegelung falscher Tatsachen für ihre chauvinistischen Interessen zu gewinnen.

Da man selbst den Kommunisten ein solches Maß von Unsichtbarkeit nicht zutrauen darf, so geht man in der Annahme nicht fehl, daß die Abstempelung des oberösterreichischen Aufstandes auf einen „revolutionären Phase im proletarischen Befreiungskampf“ durch die Kommunisten eine bewährte Rüge ist.

### Wie Frauen wählen

In Art. 4 der „Wirtschaft und Statistik“ befindet sich ein Aufstellung darüber, wie die Frauen bei der letzten Reichstagswahl gewählt haben. Aus ihr geht hervor, daß drei Parteien

### Das Nähhörbchen der Frau Jonsius

Kleinstadtschichte von Ferdinand Madliger (Schluß)

Der günstige Ausgang der Konferenz verschaffte dem Direktor Oberwasser. Er schritt wieder led erbobenen Hauptes durch die Stadt, und bald hieß es, er gedachte den Stiel umzudrehen und jedem Schraffschneider den Staatsanwalt auf den Hals zu heben. Da erkannte der Flaschenbierhändler mit bitterem Unmut die ganze Tiefe seiner Ohnmacht. Die Herrschaften verstanden es zu decheln, daß am Ende er noch ins Loch mußte. Wenig schelte, und er hätte seine Beschwerde widerrufen. Dieser neuen Plage entzog ihm jedoch ein Schreiben des Landesministeriums für Kultus und Unterricht, worin es hieß:

Antwortlich Ihrer ohne Datum anher eingereichten Beschwerde wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß von einem Verfolg derselben wegen des formal beleidigenden Tones abgesehen, dieselbe jedoch zu den Akten genommen werden wird. ges.: Inselerlich.

Herr Gabelriel war nicht überascht. Er warf den Biß seiner Frau auf den Küchentisch. Hatte er es nicht gesagt? Das kleine Lumpengesindel . . .

So war der Ruf des Steinacher Realschuldirektors auf der ganzen Linie wiederhergestellt mit Ausnahme einer Stelle. Das war sein erklärter Bufenfreund, der Herr Oberamtmann Willareth.

Beim Nachmittagsstafée fragte eines Tags die Frau Oberamtmann ihren Gatten: „Sag doch mal, Schnuck, was ist denn das für ein Skandal mit unsem Direktor?“

„Eine fatale Entgleisung“, erwiderte der Herr Oberamtmann bedeutsam.

„Man spricht von einem abscheulichen Ausbruch?“

„Ach laß das, Renate“, bat der Oberamtmann.

„Bitte, bitte, Schatz; alle Leute wissen es. Woß bei mir fand niemand den Mut.“

„Wenn ich Dir aber sage, es ist zu gewöhnlich für Dein Ohr?“

Die Frau Oberamtmann zog ein Räulchen und schmolte. „Kannst Du so hart zu mir sein?“

„In Gottes Namen denn. Also unser Direktoren, dem offenbar einmal der Gaul durchging, soll zu einer Schülerin

gesagt haben: „Geh heim und laß dein Bild mit Hohlrollen einrahmen!“

„Mit —?“ Die Frau Oberamtmann konnte das Wort nicht verstehen. Sie war eine geborene von Gadenbach und im Stifte erzogen. Der Gatte mußte es ihr verhochdeutschend.

„Ach! C'est trop fort!“ rief sie entrüstet. „Grand Dieu! Quelle atrocité! Unmöglich! Sollte man so etwas Haarsträubendes für möglich halten von einem Jugendbildner? Und dieser Kaffer hat an meinem Tisch gesessen!“

„Er hat gefasnet, Schatz, beruhige Dich. Der Mann ist zwar durch eine glanzvoll verlaufene Unternehmung notdürftig rehabilitiert. Das war notwendig wegen dem Ploß hier. Aber ich sage mir, mit Leuten, die auch nur im Verdacht stehen, solcher Unbeherrschtheiten fähig zu sein, soll man sich nicht lieren. Ach, man sollte eben doch nur mit Juristen verkehren. Wir werden den Mann nicht mehr einladen. Leider können wir ihn nicht ganz schneiden, denn er ist eine der zuverlässigsten und gesinnungstüchtigsten Thronstützen in meinem Bezirk. Aber es könnte einmal ein Rückfall eintreten, der nicht so glatt abläuft, und darum: Hände weg!“

Die bedächtige Vorsicht des menschenkundigen Oberamtmannes erfuhr eine betrübliche Rechtfertigung. Nicht sogleich. Der Skandal wurde erst gründlich vergessen. Es wuchs Gras darüber, und als dieses gemäß war, wuchs Schind. Dann fiel Schnee darauf, und im nächsten Frühjahr wuchs noch einmal Gras.

Aber als der Sommer kam, da kam auch der vorgeahnte Rückfall. Wie ein Lauffeuer sprang es durch die Stadt. Der Direktor hatte wieder zu einen Spruch losgelassen. Diesmal zu einem Schüler, dem Sohn des Kappenmachers Jonsius.

Der Junge hatte den Direktor zur Verzweiflung gebracht durch ein Uebermaß an Ungeſchicklichkeit beim Französisch-Parlieren. Da entfuhr dem ungeduligen Schulmann die Keufung: „Geh hoim un mach deiner Mutter ins Nästern, daß sie Waschs hot!“

Diese in der unverfälschten Steinacher Mundart hingeschleuderte Aufforderung wirkte durch die Kräfte ihrer Drajik zunächst erheitend auf die Gemüter der Steinacher. Erst hinterher stellte man diese humorvolle Wendung mit der vorjährigen in Vergleich. Und da drängte sich dem Scharfsinnigen die Tatsache auf, daß sie einander gleichen, wie ein Ei dem andern. Wer dieses sagte, konnte auch jenes gesagt haben. Dahin ging die Meinung der meisten. Das Nähhörbchen war gewissermaßen der jüngere Zwillingbruder des Photographierahmens. Darüber

konnte kein Zweifel herrschen. Und der Pfälzerer Greulich, all er den neuen Schläger vernahm, zog den gleichen Analogie Schluß. Er hieß mit der Gabel in der Faust auf den Tisch und urteilte: „Allewel hot er aa Hohlbolle g'faat!“

Ein Sturm der Entrüstung über das neue Unerhörte segte durch die Mauern des alten Städtchens und rührte auch bei dem alten Fall wieder auf. Diesmal fand der Direktor nicht den Mut zu einer Gegenaktion. Vielleicht fürchtete er, zum zweiten Mal seine so willkürlichen Entlassungszeugen zu finden.

Der Kappenmacher mußte Beschwerde einreichen. Es wies nicht sich, daß die Frau Gabelriel und ein ganzer Trupp Gleichgesinnter ihm das Haus einliefe, bis es so weit war.

Vald sah man eine erquickende Wirkung. Mit Ende des Schuljahres wurde Direktor Wendling auf einen hohen Platz im Hinterlande versetzt. Er ließ ausstreuen, er habe selbst daran geteilt, der Arzt habe ihm Luftveränderung empfohlen.

Es mochte wohl sein, daß er der Strafvergebung durch ein Gesuch zuortam. Man durfte ihm das glauben. Aber wider hatte er nicht darum gebeten, daß er seiner direktoralen Herrschaft entleidet und wieder in die Zahl der Professoren ein gereicht wurde. Diese Maßregelung vermochte der pädagogisch Spakvogel mit der hanebüchigen Ausdrucksweise nicht zu beschönigen.

Die Würger Steinachs freuten sich des Triumphs und besonders darüber, daß ein so unscheinbares Ding wie das Nähhörbchen der Frau Jonsius eine so erstaunliche Macht bewiesen hatte. Denn letzten Endes war es dieses harmlose Mödelchen, über das der hochwürdige Schuldirektor gelolpert war.

Nach seinem Wegzug erwachsen dem Direktor in den Kreisen der Schülereltern noch viele neue und heftige Gegner, denn jetzt konnte der Gefallene keinen der Steinacher Hoffnungsrollen mehr sitzen lassen; und sie bekämpften ihn noch nachträglich mit unersöhnlicher Erbitterung. Man glaubt kaum, welchem Grad von Mut das Gefühl der Sicherheit zu erzeugen vermag.

Am Faschachtsdienstag beim Maskenzug löste ein Wagen mit einer Rennlägergruppe stürmische Heiterkeit aus. Die hundertbemühten Burſchen hielten in einem steifen Gipsrahmen das überlebensgroße, wohl zu erkennende Brustbild ihres verlassenen Direktors. Der ovale Rahmen war über und über mit aufgereimten Fiederbäusen besetzt. Das Ganze wurde gekrönt von einer vergoldeten Schleiße, in deren Mitte das Nähhörbchen der Frau Jonsius baumelte. Und darin war ein schönes, prächtig voll aufgeblühtes Exemplar eines Stachelkastus geschnitten. Denn die Steinacher sind in der Sache ebenso scharf als wühig.

Nr. 107  
über die  
Frauen er  
89 Proz.  
Deutschlan  
Proz. wäh  
niedlichen  
für Partei  
100 erhöht  
57 Proz.  
Proz. m  
89 Proz.  
Es er  
Schande h  
ausst. A  
Grund über  
Woß die  
die dorneh  
stift füh  
stehen.  
  
In ei  
keitung“,  
der „Badi  
Kritikern  
Bar  
zur, mei  
parlamen  
dann hat  
und ein  
und auch  
heute als  
Handge  
wenn sie  
Denn do  
sich in  
allmählich  
und Erb  
folgszeit  
niler je  
Erümme  
  
Der  
mäßig re  
die Deut  
heim Zuo  
deutschen  
Rundwert  
lose Schim  
  
Gründ  
heit der  
Berzins,  
burg stit  
mit, daß  
Berzins an  
nem hah  
Aufgabe  
vor allem  
verjorgung  
  
Ber  
Unter  
berlegor  
denliche  
Unter dem  
gegenstand  
Lage des  
heuerliche  
erwarthe  
eine noch  
eingehende  
auf den W  
kommt, 1.  
der Leitun  
preisprei  
muspredch  
und gege  
  
Das I  
heimat zu  
(op. 105)  
gleiches  
des Kamp  
des Blutun  
Wohlfie  
Entschie  
stellen, un  
In Einze  
Satz diese  
sie mit üb  
Das hohe  
Dehnung  
hitz vor  
des Aben  
lohn Dur  
Wert in f  
guten Kan  
warmer  
sollen ihm  
H. Marcia  
andern St  
die Anter  
das je ich  
den vier  
dient es  
das Dman  
gehörche  
zierfreudig  
  
Naber  
hief sich  
sicherer  
höher Sie  
Geltung h  
reiteten ih  
ausgehende  
Künstler  
  
Der  
nur Chöre

Zentral-... er Junge... Horoskop... im Groß... einhandel... sollen... Lebens... d. r. Ver... isienkun... zu er... bisher... weiten... tarife be... belasten... mähig... e Zukun... müssen... erfordert... die Gurke... kopf gar... abischen... Um das... en. Ein... für Milch... geht... gsmittel... Preisen... Hoff... ahntarife... ultimatum... erte Erre... in die... in den... der Auf... darüber... allen Be... mitaristi... , daß das... gtsaufst... deutschen... trale der... trale der... auf... streit... tenwerken... Betriebs... erschaft... wird die... elen. Me... tische und... der gegen... gend we... e zu me... der Deut... isen, kon... n geleitet... ierschaf... isstisch... von Ein... Annahm... lufftande... efreunng... st ein... heilstags... Partei... eulich, all... Analogie... Tsch und... örtte segt... auch der... nichta bei... n zweites... en. Es den... ch Gleich... Ende bei... lach bei... ist darun... durch ein... über sich... len Herr... oren ein... dagoistis... t zu be... nd beson... Näherb... sen hatte... über das... den Krei... ner, denn... ngstollen... tlich mit... den Stad... mag... n Bagen... Die bun... men das... nstossen... mit auf... dnt von... schen bei... s, prach... t. Denn... g.

über die Hälfte aller auf sie entfallenden Stimmen von den Frauen erhielten. An erster Stelle marschiert das Zentrum mit 50 Proz. weiblichen und 41 Proz. männlichen, ihm folgt die Deutschnationale Volkspartei mit 56 Proz. weiblichen und 44 Proz. männlichen und die Deutsche Volkspartei mit 51 Proz. weiblichen und 49 Proz. männlichen Wählern. Die Demokratische Partei hat nur 47 Frauen- und 53 Männerstimmen von je 100 Wählern. Die Sozialdemokratie hat 43 Proz. weibliche und 57 Proz. männliche, die U.S.P.D. 41 Proz. weibliche und 59 Proz. männliche und die N.P.D. nur 37 Proz. weibliche und 63 Proz. männliche Wähler.

Es ergibt sich daraus, daß der nationale und der christliche Gedanke besondere Anziehungskraft auf die weiblichen Wähler ausübt. Die drei Parteien, die diese Fragen in den Vordergrund ihrer Agitation gehoben haben, haben sich in hohem Maße die Herzen der Frauen erobert, während jene Parteien, die vornehmlich den Kampf um die Verringerung unserer Wirtschaft führen, in der Hauptsache die Männer zu ihren Stützen zählen.

### Badische Politik

#### Die Deutschnationalen im Maulloch

In einer Polemik gegen die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung“, die das parlamentarische System verpöndelt, schreibt der „Badische Beobachter“ den deutschnationalen rechtsradikalen Kritikern folgendes ins Stammbuch:

Warum haben wir das parlamentarische System? Doch nur, weil das alte System sich selbst unmöglich gemacht hatte und man daher in der Not nach dem einzig möglichen, d. h. parlamentarischen System griff. Hätte man das nicht getan, dann hätte man die Diktatur der radikalen Linken gehabt und ein paar radikale Schreier hätten dann das Ganze regiert und auch die „unrühmigen“ deutschnationalen Kritiker, die sich heute als die einzig noch vernünftigen Leute aufspielen, mit Handgranaten und Maschinengewehren „Nation“ betagelt, wenn sie sich nämlich in ihren Maullochern gefanden hätten. Denn dort stecken die großen Kritiker, von heute und vertrieben sich mühsam, solange es noch gefällig war, bis dann allmählich das parlamentarische System doch wieder mehr Ruhe und Ordnung schaffte. Am 9. November 1918 und in der Folgezeit haben sich selbst deutschnationale Generale dem Minister für militärische Angelegenheiten, Landsturmmann Krimmer, sonst Metallarbeiter, unterstellt. Warum wohl?

Der „Badische Beobachter“ hat mit dieser Bestimmung vollständig recht. Helfen wird sie jedoch wenig. Denn so ungern die Deutschnationalen auch daran erinnert werden, wie sie sich beim Zusammenbruch des kaiserlichen Regimes und der alldeutschen Eroberungspolitik feig verhalten hätten, so sehr ist ihr Mundwert in die Breite gewachsen, seit sie wissen, welche grenzenlose Schimpffreiheit ihnen die demokratische Republik gewährt.

Gründung eines Badischen Milchverbandes. Bei Gelegenheit der großen Bezirksversammlung des Badischen Bauernvereins, die am Sonntagabend in St. Georgen bei Freiburg stattgefunden hat, teilte Direktor Dr. August Heiser mit, daß im Laufe der letzten Woche die dem Badischen Bauernverein angehörenden Milchproduzentenorganisationen sich zu einem badischen Milchverband zusammengeschlossen hätten, dessen Aufgabe neben der Interessenvertretung der Milchproduzenten vor allem die Mitwirkung bei der künftigen Regelung der Milchversorgung der Städte sein soll.

### Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger

Unter zahlreicher Beteiligung hielt dieser Tage die Zeitungsverlegerorganisation Badens und der Pfalz ihre jährliche ordentliche Mitgliederversammlung im Schloßhotel zu Karlsruhe unter dem Vorsitz des Verlegers Dr. Kuntze ab. Hauptgegenstand der Verhandlungen war die derzeitige wirtschaftliche Lage des Zeitungsverwerbes, die bekanntlich durch die neue ungeheuerliche Erhöhung des Zeitungspapierpreises und durch die unerwartete Aufhebung der Bewirtschaftung des Zeitungspapieres eine noch nie dagewesene Verschärfung erhalten hat. Nach sehr eingehender Aussprache stellten sich einmütig alle Teilnehmer auf den Boden zweier Entschlüsse, in denen zum Ausdruck kommt, 1. daß die Verammelten sich rücksichtslos dem Vorgehen der Zeitung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in der Papierpreisfrage anschließen und den Führern ihr volles Vertrauen aussprechen und 2. der nur allzu berechtigten Entzückung Ausdruck gegeben wird, gegenüber der durch die Reichsregierung den

Zeitungsverlagen in letzter Zeit auferlegten Lasten — neben der Papierpreiserhöhung — in Form der erhöhten Anzeigensteuer, Erhöhung der Postgebühren, der Frachten, der Telefon- und Telegramm-Gebühren, Beschränkung der Anzeigen durch noch bestehende Kriegsvorordnungen usw. Eine Umfrage des Vereins unter seinen Mitgliedern hat den Beweis größter wirtschaftlicher Not erbracht, so daß die weitmasse meisten Zeitungen insbesondere aber die politische Presse aller Parteien die unerträglich hohen Lasten für die Dauer zu tragen, nicht in der Lage sind. Der Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger wird daher nichts unterlassen, um mit den Führern des V. d. Z. v. Regierung und Parlament auf den Ernst der Lage zum wiederholten male erneut und dringlichst aufmerksam zu machen. Die Zeitungsverleger geben sich im Interesse der Presse obliegenden Aufgaben gegenüber der Öffentlichkeit der bestimmten Erwartung hin, daß ihr Appell an das Parlament diesmal von nachhaltigem Erfolg begleitet sein werde. Nachstehende Entschlüsse hat einstimmig Annahme erfahren: Der Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger (Baden und Pfalz) beschließt sich in seiner am 3. Mai in Karlsruhe abgehaltenen Hauptversammlung mit den durch die Papierverwertung neuerdings eingetretenen wirtschaftlichen Rückschlägen. Die Versammlung erhebt mit Nachdruck die Forderung, daß Reichsregierung und Parlament sich der deutschen Presse annehmen und nicht nur für eine vernünftige Papierpreisregulierung sich einsetzen, sondern auch vor Erlass neuer Gesetze und Verordnungen prüfen werden, wie die geplanten Maßnahmen auf die wirtschaftliche Lage der Zeitungen wirken. Insbesondere fordert der Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger die Abschaffung der ungerechten Anzeigensteuer als Luxussteuer, ihre Herabsetzung auf den Satz der Umsatzsteuer (1/2 Prozent), Beseitigung aller Anzeigenbeschränkungen (Wohnungs- und Arbeitsmarkt), Ermäßigung des Frachttarifs für den Versand von Druckpapier. Er spricht sich weiter gegen die Aufhebung der Telefon-Pausch-Gebühren und gegen eine weitere Verteuerung des Drucksachenpostos und der Zeitungsgebühren aus.

Des weitern beschloß sich die Versammlung u. a. mit dem Beschluß einer Vereinbarung mit dem Verband der südwestdeutschen Presse über Regelung und der Anstellungsverhältnisse der Redakteure, Schaffung gemeinsamer Richtlinien für die Aufnahme von Gratisanzeigen und Spenden und schließlich mit Satzungsänderungen. Den Schluß der Verhandlungen bildeten die üblichen Vereinsangelegenheiten: Tätigkeits-, Rechnungs- und Kassenbericht für das verfllossene Geschäftsjahr, Wahl zum Vorstand u. Als Ort der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung ist Baden-Baden bestimmt worden.

### Verbandsstagung der südwestdeutschen Konsumvereine

#### Erster Verhandlungstag

Freiburg i. Br., 6. Mai. Beim Bericht über das Geschäftsjahr 1920 richtete der stellvertretende Vorsitzende Weiskner an die Delegierten die Mahnung, in den Konsumvereinen dazu anzuhängen, daß bei Einfäufen die deutschen Waren in erster Linie bevorzugt würden. Er führte dann weiter aus, es sei infolge der Geldentwertung eine Erhöhung der Verbrauchsanteile notwendig geworden. Weiter empfahl er die Durchführung von Verbilligungsaktionen innerhalb der Konsumvereine d. h. auf eine Herabminderung der Geschäftsumsätze bedacht zu sein. Die dem südwestdeutschen Verband angehörenden Konsumvereine betragen jetzt 115, die 733 Verkaufsstellen unterhalten, woraus 200 483 Mitglieder ihre Waren beziehen. Die Angehörigen der Konsumvereine gleichen sich zu 12 Prozent in freie Berufs-, Staats- und Gemeindearbeiter, zu 68 Prozent sind es Lohnempfänger in gewerblichen Betrieben, die übrigen bestehen aus selbständigen Gewerbetreibenden, Landwirten und dergleichen. Die Eigenproduktion habe zwar etwas nachgelassen, aber alles in allem genommen sei das Geschäftsjahr 1920 als ein Jahr eines großen Fortschrittes zu bezeichnen. Die hierauf Verhandlungsleiter Riedler ausführte, hat sich die Mitgliederzahl im Jahre 1920 gegen 1919 nahezu verdoppelt. Er hatte darauf hinzuwirken, daß sich die Gemeindefunktionäre in vermehrter Zahl den Konsumvereinen anschließen. Diese Mahnung möchte Redner an die Gewerkschaftsverbände gerichtet wissen. Eine recht unerfreuliche Erscheinung wäre im abgelaufenen Geschäftsjahr die Gründung von kleinen Sonderorganisationen von Konsumvereinsangehörigen gewesen, deren Ende gewöhnlich der Konturs sei. Was die Revisionen betrifft, so haben 57 ordentliche und 20 außerordentliche Revisionen stattgefunden. Zu den allermeisten Fällen (90 Prozent) wurden die Bücher und die Geschäftsbücher in Ordnung befunden. Dringend sei auch anguraten, die Feuerversicherung dem neuesten Stande anzupassen. Zu letztem Punkt legte Bauer-Rainz die Gründung einer eigenen Feuer-

Volksständige Wirkungsmaßigkeit bedacht sind. Die Ausarbeitung läßt sich gewiß gefeilter denken und in reichere Schattierung. Der Chor hatte aber unter Heinrich Cassiniers Leitung einen starken Erfolg; dem langjährigen Dirigenten muß man für die schöne Aussprache dieser musikalisch wertvollen Männerchöre dankbar sein. Zwei geborene Karlsruherinnen Johanna und Maria Kunz besaßen mit gutem Gesing den solistischen Teil des Programms. Die Missin Maria Kunz steht in ihrer Jugendlichkeit vor schönen Zielen, da sie eine Gedächtnis für den feineren Liedvortrag besitzt, die sie insbesondere auf ernste, tiefgründige Lieder hinweist. Von Johanna Kunz gestiegen uns am besten die Vigt-Vorträge, in welchen sie ihre klare und leichtfließende Technik ans Licht treten lassen konnte. Die Gesangsleiter erhielten den Dank der Zuhörer in Form von begeisterten Beifall, der Zugaben aberlangte.

Johann Strauß, wie ich hörte, ein Reize zu dem „Niedermaus“- und „Zigeunerbaron“. Strauß, hatte eine große Masse Menschen in den Festhallenlauf gelockt. Viele hat er allerdings etwas (ganz gefunde gesagt) enttäuscht; denn immer wieder war man bestürzt, die Frage zu erleben: Hat hier aber auch nur eine einzige Probe stattgefunden? So etwas kann man mit unserm ausgezeichneten Landesbühnenleiter „schmecken“. Und dann ist es ein Wagnis. Und hier? Aber die „Harmonie“-Musiker in allen Ehren, sie haben sich alle erdenkliche Mühe, rissen sich zusammen und machten ihre Sache unter den gegebenen Verhältnissen hervorragend gut. Das Lied aus der Haffertief gebundenen Operette „Das Dreimäderlhaus“ hätten wir in dieser Verfassung von Werte vernimmt, wie die Wiener Volksmusik von Komrat in ihrer Vortrefflichkeit, in ihrer Gefühlsfülle. Im übrigen erhielt der Mann am Pult Beifall in Hülle und Fülle. (Schluß folgt.)

### Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.) Technik und Industrie. Jahrbuch der Technik. Zeitschrift für Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Elektrotechnik, Gesundheitstechnik, techn. Chemie, Kriegs-, Flug-, Schiff- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie, Volks- und Weltwirtschaft. Jahrgang VII. 1920/21. Französische Verlagsanstalt Stuttgart. 16 S. 2. 8. Mit zahlreichen Abbildungen, Gehftet 18.— gebunden 28.—

sicherung an. Die Notwendigkeit der Stärkung der Betriebsmittel in den Konsumvereinen begründete hierauf in ausführlicher Weise Geschäftsführer Heinrich Paumann-Samburg. Er zeigte an der Hand von Ziffern wie gewaltig aufwärts sich die Konsumvereine seit Beendigung des Krieges bewegten. Es gehört ihnen heute der vierte Teil der deutschen Bevölkerung an. Die Geldentwertung erlaube es nicht mehr, mit den vorhandenen Betriebsmitteln auszukommen. Um dies an einem Zahlenbeispiel darzutun, so müßten beim Gesamtverband der deutschen Konsumvereine statt des Betriebskapitals von 678 Millionen Mark eine Milliarde 740 Millionen vorhanden sein und der Nezerbesond müßte statt 61 Millionen Mark 250 Millionen Mark betragen. Der gangbarste Weg aus diesen finanziellen Schwierigkeiten sei die Erhöhung der Geschäftsanteile auf 200 M. und eine Herabsetzung der Rückvergütungen. Ohne ausreichendes Kapital könnten die Konsumvereine ihre Aufgaben und die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Sekretär Albert Suchte ergänzte ebenfalls den ziffernmäßigen Nachweis zu führen, daß mit den vorhandenen Betriebsmitteln auf die Dauer nicht erfolgreich gewirtschaftet werden könne. Mehr als bisher müßten auch die Sparquittungen den Konsumvereinen zugeführt werden. Einiges sei schon in dieser Beziehung geschehen, er wolle dabei anerkennend heißen und in Baden die Klase Pura, Baldbut und Baden-Baden nennen, wo man mit der Einsetzung der Geschäftsanteile bahnbrechend vorangegangen sei.

### Gewerkschaftliches

#### Zum Schneiderstreik in Freiburg

Seit 4 Wochen befinden sich die Schneider im Streik. Trotz der enorm hohen Preise für Kleider und Lebensmittel, die am hiesigen Plage noch bestehen, machen die Herren Arbeitgeber den am 1. April gefällten Schiedsspruch aus Freiburg. Auch wurde neuerdings der vor zwei Jahren heiß erkämpfte Zeitlohn uns gestündigt. Es wird versucht, in näherer und weiterer Umgebung Streitarbeit unterzubringen. Wir bitten die Kollegen und die gesamte Arbeiterklasse, dies zu verhindern und dadurch uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen. Vor Zutug wird gemamt. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband Verband arbeiterlicher Schneider

### Konferenz der Maschinisten und Heizer

Nächstes tagte in Karlsruhe eine Konferenz von Vertretern des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsvereine Deutschlands, welche von den Reichsämtern Süddeutschlands auch besucht war und sich in der Hauptsache um Festlegung eines einheitlichen Lohnplanes für Heizer und Maschinisten handelte. Nach eingehender Beratschlagung teilten die Delegierten folgende Resolution einmütig angenommen:

Die am 9. und 10. April in Karlsruhe stattgefundenen Konferenz über die Errichtung von Heizerschulen, die von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands, des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie von Vertretern der bestehenden Heizerschulen in Karlsruhe und Mannheim besucht war, hat zu der Entschluß, daß die Auszubildenden nur durch solche zum Ziele führen kann. Durch ein Vortrag des Herrn Obergewerkslehrers Heim an der Gewerkschule und Lehrer der Heizerschule in Mannheim haben wir erkannt, daß das Gebiet der theoretischen Ausbildung der Heizer, für dieselben von außerordentlicher Bedeutung ist. Die wirtschaftliche Ausnutzung der z. z. bestehenden Fernstudienmaterialien bedingt es, daß eine Ausübung der Heizer eine Notwendigkeit der jetzigen Zeit ist. Auf Grund der vom Reichswirtschaftsministerium aufgestellten Richtlinien setzen wir uns demnach, die badische Landesregierung aufzufordern, die nötigen Schritte zur Errichtung von Heizerschulen und vor allem die Einsetzung der Schulauschüsse sofort in die Wege zu leiten. Auch halten wir es für dringend notwendig, daß sich die badische Regierung mit der Frage der vollständigen Verstaatlichung der Schulen beschäftigt und dieselbe sobald als möglich in die Tat umsetzt. Die Konferenz stellt sich zur Finanzierung der Schulen auf den Standpunkt, daß die Arbeitgeber sowie das Reich dazu herangezogen würde, da dieselben auch den größten Nutzen haben.

Seit Oktober 1920 bis März 1921 hat in Karlsruhe ein Heizerkultursitz stattgefunden, an welchem sich 22 Mitglieder des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer (Geschäftsstelle Karlsruhe) beteiligten. Zu der am 17. März stattgefundenen Schlussprüfung, welche im Städt. Kantonshaus stattfand, entsandten Vertreter: das Ministerium des Kultus, das Gewerbeamt, der Kampfesleiterüberwachungsverein sowie die Geschäftsstelle der Maschinisten und Heizer. Diese Schlussprüfung zeigte, mit welchem Ernst und Fleiß die Heizerschüler den Winter durch gearbeitet und auf die theoretischen Fragen auch prompt Antwort erfolgte, ein Zeichen praktischen Lernens und guten Einbernehmens zwischen Lehrer und Schüler. Es sei auch an dieser Stelle den Herren Lehrern nochmals gedankt für die aufopfernde Arbeit sowie der Stadt Karlsruhe und dem badischen Staate für Subventionierung des Kurzes. G.

### Aus dem Lande

Mannheim, 8. Mai. Ein 33jähriger Nangierer aus Sodenheim, der eine monatliche Gefängnisstrafe wegen Diebstahls und Hehlerei im Landesgefängnis zu verbüßen hatte, hat sich in einer der letzten Nächte in der Gefängniszelle erhängt.

13. Mannheim, 7. Mai. Der Verband knochlosigster Vereine wird hier in den Tagen vom 21. bis 22. Mai eine große Kundgebung abhalten. Ein Garantiefonds von 100 000 M. sichert die sportliche Durchführung der Ausstellung. Das Ministerium des Innern gibt zwei Judtreise. Wertvolle Ehrenpreise kommen zur Bestimmung. Jedermann kann antreten. Der Verein für Schächerhunde sowie der Klub für rauchhaarige Terrier halten ihre Hauptversammlung hier ab.

Mannheim, 7. Mai. Noch immer hat der Wasserstand des Rheins keine Besserung erfahren. Der seit über 150 Jahren bestehende Rheinegel hat noch niemals einen solch niederen Wasserstand erreicht.

10. Aus dem Sauerland, 6. Mai. Die Gedenkfier des 100. Todestages Napoleons I. wurde am hier von der französischen Besetzung feierlich begangen. Außerlich trat die Feier in Erscheinung durch ein Baden und durch einen Zapfenstich.

Müllheim-Lodmoos, 4. Mai. Der Plan, die Gemeinde Müllheim, Badenweiler, Sandern und Lodmoos durch eine Autolinie zu verbinden, ist einen weiteren Schritt vorwärts gekommen. In einer Versammlung von Vertretern der interessierten Gemeinden, wurde vereinbart, daß der Unternehmer Herr Zumelle in Lodmoos die Linie drei Jahre übernimmt, hat des vorgeplanten einen Jahres und dafür noch die Zuschüsse von 50 000 auf 80 000 M für Einrichtungsbedürfnisse erhöht werden. Es ist auch beabsichtigt, in Sandern ein drittes Automobil zu stationieren. Das außer den täglich zweimal die ganze Strecke passierenden Wagen zweimal täglich die Strecke Müllheim-Sandern fährt. Die Inbetriebnahme der gesamten neuen Linie ist für den 1. Mai d. J. in Aussicht genommen.

11. Pfullendorf, 9. Mai. Vor kurzem wurde auf dem hiesigen Bezirksamt eingetroffen. Der Dieb nahm eine Schreibmaschine und einen der Audiatenentschäft gehörender Kolal mit

Albert Kothé, der bekannte und beliebte Lautenspieler ließ sich wieder hören. Er hatte in seinem Programm, das er gemeinsamer Zusammenkünfte, wieder eine große Anzahl volkstümlicher Lieder, die er mit offenerm Herzen darstellungsart völlig zur Geltung brachte. Die vielen Freunde hebrerel Geschlechts bewilligten ihm einen großen Beifall und ließen ihn — wie vorzutauschen war — ohne eine Reihe Zugaben nicht aus dem Künstlerhaussaal.

Der Gesangsverein „Liederkrone“ hatte für sein Konzert nur Chöre neuerer Komponisten herausgeführt, welche alle auf

**Söllingen, 8. Mai.** Die heute stattgefundene Bürgermeierwahl verlief resultatlos. Unser Genosse Karl Benz, Gemeinderat, erhielt 20 Stimmen. Der Kandidat der Deutschen, Zigarrenfabrikant, Koszowag, 19 Stimmen. Drei Zettel auf den Namen des letzteren waren gestrichen, 2 Zettel enthielten ironische Bemerkungen. Die Kommunisten, 8 Mann stark, erledigten Wahlrecht samt Wahlpflicht mit der Postierung ihrer beiden Parteiführer vor dem Rathaus!

**Werra, 9. Mai.** Der bekannte Werraer Kommunist Karl Tiegarten hat seinen Austritt aus der kommunistischen Partei vollzogen, wie angegeben wird, infolge Unstimmigkeiten mit Parteimitgliedern.

**DJ. Lindau, Bodensee, 9. Mai.** Die Leiche des seit Ende April vermissten Joseph Schwäzler aus Hohren ist jetzt im Walde in der Nähe von Neuhingen unter einer leichten Erdschicht aufgefunden. Die obere Schädeldecke war eingeschlagen. Als Täter wird der erdverarbeitete Tagelöhner Schmal von Meßlers gesucht, der flüchtig ist.

**Kohlenfunde und Wohnungsbau**

Ein Bauhandwerker schreibt uns: Nach Mitteilungen von verschiedenen Seiten soll die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe einer Brennstoffverwertungs-Gesellschaft den gesamten Abgang an Steinkohlenfunde aus dem Betriebsbetriebe zugesprochen haben. Die Anleihe von brauchbaren Kohlesteinen ist in Anbetracht des Mangels an Brennstoffen sehr zu begrüßen. Auf der andern Seite muß aber auch die Verwendung der Kohlenfunde zu allenhand Zwecken, wie es bisher der Fall war, in Betracht gezogen werden; besonders im Wohnungsbau wurde Kohlenfunde in großen Mengen verwendet. Es wird dies noch viel mehr der Fall sein, wenn unsere Ziegelwerke zur Lieferung von Dachsteinen, Hohlsteinen usw. nach den französischen und belgischen Auftragsbestellungen voll und ganz in Anspruch genommen werden.

Im Elsaß und in der Schweiz werden Schlacken schon seit Jahren zur Herstellung aller Arten von Betonarbeiten verwendet; Gerölle zwischen Träger, Umfassungsmauern, Innenwände aus Zement oder Gips-Mörtel, Untergrund für Gipsarbeiten, zu Zementsteinen aller Art. Überall wurde die Schlacke des geringen Gewichtes wegen zu Auffüllmaterial der Zwischendecken verwendet. Wird der Ertrag an Koks den Ausfall dieses in der Zukunft erst recht notwendigen Baustoffes zum Schaden der Allgemeinheit rechtfertigen? Einseher dieses ist anderer Meinung. Beim Kleinwohnungsbau, wo besonders hohe Belastungen nicht vorzukommen, ließen sich sehr leicht Fundament- und Stockwerke aus Schlackenstumpfbeton am Platze herstellen. Die verlorene wirtende Schaltung kann nachträglich zu Speiseföhden und rauhen Schalungen verwendet werden, wodurch diese Kosten nicht so hoch berechnet werden müssen. Unter dieser Voraussetzung wird schon heute der Schlackenbetonbau billiger sein wie Ziegelmauerwerk. Besonders aber beim Eigenbau ließe sich eine bedeutende Ersparnis erzielen. Muß denn der Wohnungsbau durch Fabrikationsgewinne verteuert werden, wenn diese ungenutzt liegen können? — Es wirt sich bei der Abgabe der gesamten Schlacken an eine Gesellschaft der Gebante auf: Wird hier nicht unter dem Deckmantel der Kostgewinnung eine Monopolisierung der Schlackenverwertung durchgeführt werden? Es sollen Schlacken zu Baugewerken nur dann für die allgemeine Bauartigkeit zu haben sein, wenn eine Preisfestsetzung die Hände an dem Geschäft gewaschen hat. Wird die Allgemeinheit dieses Vorgehens der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe sich ohne weiteres bieten lassen; denn ein Erlaß für den Ausfall kann nicht geschaffen werden. Die Generaldirektion wolle sich im Interesse der Allgemeinheit den Schritt nochmals überlegen. Auch die Staatsbehörde ist verpflichtet, hier nach dem Rechte zu sehen.

**Witterungsunfälle.** Aus dem Adertale wird berichtet, daß Schneefall in der Nacht zum Himmelfahrtstag in den höheren Lagen die Kornsaaten bedauert zu haben gedurft hat, daß sie sich kaum wieder zu erheben vermögen. Es fiel ganz besonders starker Neiß, wohl der stärkste des ganzen Frühjahrs. Aus dem Wiesental wird das gleiche berichtet. Die Wiese hatte an vielen Orten sogar Eis angelegt.

**Aus dem Badischen Feuerwehverband.** In seiner jüngst in Wehrheim abgehaltenen Ausschlußsitzung faßte der Badische Landesfeuerwehverband folgende Beschlüsse: Der auf Sonntag, den 11. September in Freiburg anberaumte Landesfeuerwehverband, der erste nach dem Kriege, findet infolge der hohen Frachtkosten ohne Gerateausstellung statt. Vorbehaltlich der Genehmigung der Freiburger Tagung wurde einstimmig beschlossen, mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres an den Verbandsbeitrag auf 50 Pfennig jährlich pro Wehrmann zu erhöhen; um die gesteigerten Verwaltungskosten zu decken. Das Verbandsvermögen des Verbandes beträgt heute nur 7500 M. in Wertpapieren. Bei einer Wehrstärke von zurzeit 46388 Mann würde sich ein Gesamtbeitrag von 23194 M. ergeben, dem außerdem eine Dienstleistung von mindestens 10000 M. gegenüberstehen. Um die Wehren in Ausübung ihres ohnehin schwierigen Dienstes vor Verleumdungen und Widerständen zu schützen, sind die Wehren als „Schützenwehren“ im Sinne des Paragraphen 113 des R.St.G.B. angesehen und geschützt werden. Schließlich wurde die Notwendigkeit einer Technischen Hilfsmittelkommission und den Mitgliedern der Badischen freiwilligen Feuerwehren, soweit sie im Bereitschaftsdienst entbehrlich sind, der Beitritt zu dieser Organisation empfohlen. Mit diesem letzten Beschlusse begeben sich u. G. die Feuerwehren auf ein Gebiet, auf dem sie nichts verloren haben. Auf alle Fälle werden wohl die den Wehren angehörenden Freigewerkschaftler hier ein Wortchen dreinreden. Die Red.

**Gerichtszeitung**

**„Goldmacher“.** Der Kellner Oskar Gorenflo aus Karlsruhe wollte sich Geld verschaffen. Er ließ daher Messingplatten herstellen, die er den beiden Goldschmieden Hermann Stahl aus Erzingen und Fritz Hofmann aus Wehrheim zum Vergolben gab. Wegen dieses Vergehens sind diese beiden Angeklagten schon in Freiburg verurteilt worden, wo mit den von ihnen hergestellten Falschplättchen schon gearbeitet worden war. Das Verfahren wurde daher gegen sie eingestellt. Bei dem Goldmetallkäufer Kurt Laub aus Porzheim wurde hier in Karlsruhe ein Bankbeamter damit hereingelegt. Dabel bediente sich Gorenflo einiger von ihm selbst angefertigten Prüfflechte, durch die denn später auch die Fälschung entdeckt wurde. Das ganze Erparnis des Geschädigten, nämlich 17000 Mark, gingen dabei verloren. Ein zweiter Versuch mißlang und die Täter konnten festgenommen werden. Die Angeklagten wurden wegen Betrugs und Urkundenfälschung verurteilt. Gorenflo erhielt 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft. Laub erhielt unter Einrechnung einer früheren Strafe eine Gesamtsstrafe von 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft.

**Valuta-Bericht vom 9. Mai**

Markkurs in der Schweiz ca. 845 Cts. Auszahlung Gold und notierte 24.05 M. per Holl. Guld.; Schweiz notierte 12 M. per Schw. Fr.; England notierte 200 M. per Ffd. Sterl.; Frankreich notierte 5.51 M. per frz. Fr.; Neupost notierte 67.50 M. per Dollar.

**Aus der Stadt**

• Karlsruhe, 10. Mai.

**Geschichtskalender**

10. Mai. 1521 † Der Salitzer Sebastian Brant in Straßburg. — 1871 Friede von Frankfurt. Elfaß-Rohringen fällt an Deutschland. — 1920 Brotpreis in Berlin von 235 auf 4,50 M. erhöht.

**Hilfsfürsorge für ehemalige Kriegsgefangene**

Antlich wird mitgeteilt, daß die Abhaltung der terminlich nicht rechtzeitig eingereichten und deshalb abgelehnten Anträge ehemaliger Kriegsgefangener aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Da aber bei den Antragstellern, wie bekannt, vielfach große Bedürftigkeit herrscht, und durch die Nichtberücksichtigung dieser abgelehnten Anträge häufig empfindliche Härten entstanden sind, hat sich das Reichsfinanzministerium unter Würdigung vorliegender Gründe bereit erklärt, den Landes-Hilfsausschüssen zur Befreiung solcher Härten Mittel zur Verfügung zu stellen. Die jeweiligen Hilfsausschüsse nehmen die Prüfung der Anträge auf Bedürftigkeit der Antragsteller hin vor und leiten sie den Landes-Hilfsausschüssen zu. Diese haben die Anträge zu erledigen. Die bewilligten Mittel sind zur Hälfte als Beihilfen für den Ausfall an Löhnen während der Gefangenenschaft zu verwenden. Die andere Hälfte der bewilligten Mittel ist unter Zugrundelegung eines Durchschnittsbetrages von 100 M. pro Antrag als Beihilfe gedacht, um die infolge der Ablehnung von Entschädigungsanträgen für bei Gefangenennahme abgenommenen Gegenstände und Darzumen entstandenen Härten zu mildern.

Voraussetzung für die Berücksichtigung von Antragstellern für diese Beihilfen ist, daß sie ihrem diesbezüglichen beim Hilfsausschuß eingubringenden Antrage eine schriftliche Ablehnung ihres Truppenteils oder dessen Abwidlungsstelle oder der Abwidlungs-Intendantur beifügen, daß eine begründete Unterfütterungsbedürftigkeit bei ihrer Rückkehr vom zuständigen Hilfsausschuß bereits dadurch anerkannt worden ist, daß er eine Wirtschaftsbefähigung erhalten hat; weiter muß der Kriegsgefangene damals den jetzt erbetenen Löhns- oder Entschädigungsbeitrag zum Lebensunterhalt für sich oder seine Familie notwendig gehabt haben, d. h. die damals zu machenden Neuanforderungen oder die Bestreitung des Lebensunterhaltes müssen entweder unterbleiben oder beschränkt oder nur mit Hilfe der Eingabe von Schulden möglich gewesen sein. 3. Daß sie auch heute noch hilfsbedürftig sind.

Durch die obige Verfügung werden keineswegs berührt alle die Anträge ehemaliger Kriegsgefangener, die rechtzeitig gestellt worden sind und noch schweben oder bereits aus anderen Gründen als dem der Fristverläufnis eine Ablehnung — vollständig oder teilweise — durch die zuständigen Stellen erfahren haben. Die Neurechtverfügung berührt auch in keiner Weise die Angelegenheit der Wirtschaftsbefähigen, der Studienstipendien und der Arbeitslöhne.

Kriegsgefangene, die auf Anraten der Organisationen in Ermartung mildernder Bestimmungen als heute überhaupt keinen Löhns- oder Entschädigungsantrag eingereicht haben, müssen dies sofort — wenn auch in ganz kurzer Form — tun. Diese Anträge sind umgehend den Heimkehrstellen der zuständigen Abwidlungs-Intendanturen der früheren Feldtruppenteile einzureichen, damit sie sofort wegen Freilassung eingeleitet werden. Auf Grund dieser Ablehnung kann dann gemäß dem eingangs Erwähnten verfahren werden.

**Berein Arbeiter-Jugend.** Heute abend 8 Uhr findet im Turnsaal der Sechelschule Leben zur Reigenaufführung beim Reichsarbeiterporttag statt. Die Jugendgenossen und Jugendgenossinnen, die sich zur Teilnahme eingetragen haben, werden ersucht, sämtliche zu erscheinen. — Am Mittwoch abend 8 Uhr im „Höllenberg“ Spieler-Ausschuß-Sitzung.

**W. Durchgehende 8stündige oder geteilte 8stündige Arbeitszeit.** Dieses Thema behandelte kürzlich in einer öffentlichen Versammlung der Sozialistischen Gewerkschaften, die im Singaal der Goethestraße in Karlsruhe stattfand, Genosse Oberrevisor Beech. Der Redner, welcher den Standpunkt Brentanos vertrat, lehnte die geteilte 8stündige Arbeitszeit ab und fand warme Worte für die Beibehaltung der ungeteilten Arbeitszeit. Letztere wünscht er auf 7 Stunden verkürzt zu sehen. In seinen Ausführungen unterstrich er vor allem die kulturellen und beruflichen Vorteile, die einer allgemeinen Einführung der verkürzten ungeteilten Arbeitszeit das Wort reden. In der darauffolgenden Aussprache wurde von allen Rednern gegen die geteilte 8stündige Arbeitszeit protestiert und auf die politische Bedeutung der ungeteilten achtstündigen Arbeitszeit hingewiesen, welche im wahren Sinne des Wortes eine große Errungenschaft der Revolution darstelle. Zum Schluß fand folgende Entschlußfassung einstimmige Annahme:

„Die von den „Soz. Gewerkschaften“ auf Freitag den 6. Mai in den Singaal der Goethestraße einberufene öffentliche Versammlung von Beamten, Lehrern und Angestellten bekennt sich nach einem Referat des Herrn Oberrevisors Beech, zu der durchgehenden 8stündigen Arbeitszeit und durchgehenden Schulzeit. Sie ist der Auffassung, daß es sich bei dieser Forderung um ein soziales Problem von weitreichender und tiefgehender Bedeutung handelt. Alle mit dem Wiederaufbau Deutschlands zusammenhängenden Probleme, wie die Produktionsfrage, die Wohnungs- und Siedlungsfrage, die Ernährungsfrage, das Problem der Erziehung unserer Jugend, bringen auf Einführung der geteilten Arbeitszeit durchgehenden Arbeits- und Schulzeit. Die Einführung muß jedoch mit einem großen Wurf, nach vorher bearbeitetem System, gleichzeitig für die öffentlichen staatlichen und kommunalen Anstalten, für Schule, Handel, Gewerbe und Industrie erfolgen. Weiterhin muß grundsätzlich an einer warmen kleinen Zwischenpause um 1 Uhr nachmittags festgehalten werden; die Frage der Einführung der allgemeinen Schulzeitung muß mit der Frage der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit verknüpft werden. Davon ausgehend, daß bei der geteilten Arbeitszeit die Arbeitsintensität gegenüber der geteilten Arbeitszeit erheblich gesteigert wird, fordert die Versammlung die durchgehende 8stündige Arbeitszeit. Sie richtet an die Sozialdemokratische Partei Karlsruhe als auch an das Ortskartell der freien Gewerkschaften das Ersuchen mit allen Mitteln die gesetzliche Einführung der durchgehenden Arbeitszeit durchzusetzen.“

**Ma. Sommerfest und Frühlingsspektakel im Stadtgarten.** Wie bekannt gemacht, veranstaltet die Stadtgartenkommission morgen, Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Stadtgarten bei gutem Wetter ein Frühlingsspektakel mit Sommerfest. Ueber 1200 Kinder der Stadt nehmen an dem Feste und dem jugendlichen, darunter ein gemischter Schülerchor von gegen 400 Kindern. Um 4 Uhr steht die der Sommerfest, der ein äußerst buntes und künstlerisch wertvolles Bild darstellen wird, vom Tiergarten (Schwanensee) aus in Bewegung und geht durch die Unterfütterung um den Stadtgartenes herum, um schließlich vor dem Wirtschaftspfad im vorderen Teil des Gartens zu enden. Die Zugordnung sieht folgende Einteilung vor: 1. Vorreiter (1), 2. zwei Kranzträger, 3. Musik (Schülerkapelle), 4. Knaben mit blauen Bändern, 5. Sommer- und Winter, 6. Mädchen mit roten Bändern, 7. Märläfer-Gruppe, 8. Knaben mit grünen Bändern, 9. Schmetterlings-Gruppe, 10. Musik (Garnisonkapelle), 11. Wagen der Preisbewerber: Rommungen (Küchinger), Reiterwägelchen (Wehm), Bienenhochgepann (Wogel); hieran reihen sich weitere Wagen außer Wettbewerb, 12.

Mädchen mit rotfarbigen Bändern, 13. ein Kranzträger, 14. Märläfer, 15. Mädchen mit rotfarbigen Bändern, 16. Schwarzwälder-Gruppe, 17. Knaben mit gelben Bändern, 18. Sonnen-Gruppe, 19. Knaben mit gelben Bändern, 20. Mittel. Auf dem Platze bei der elektrischen Uhr am Südrande des Stadtgartenes wird, sobald der Zug dort endgültig angelangt ist, eine Huldigung vor der Märläferin stattfinden, bestehend in Gesängen und einer Vorführung von Reigen. Darauf folgt eine Dankesbezeugung der Märläferin. Hieran schließen sich abermals Gesangsauführungen an. Sodann läßt sich der Zug auf und wird das Konzert unter wechselweiser Mitwirkung der städtischen Schülerkapelle fortgesetzt. Währenddessen findet eine Speisung der am Feste teilnehmenden Kinder im neuen Weinsaal des Stadtgartenes statt. Das Charakteristikum dieser Sommerfestzüge, der Sommerfesten mit der Bregel und den steigenden Bändern, ist in vielen hundert Stücken auch für den heutigen Zug bereitgehalten. Außerdem ist erstmals ein beschränkter Preis-Wettbewerb für die im Zuge beteiligten Geschäfte hiesiger Einwohner vorgesehen. Im Preise sind insgesamt 400 M. ausgesetzt. Da mit einem geringen Besuch der Veranstaltung zu rechnen ist, so empfiehlt es sich, Eintrittskarten im Vorverkauf (Verkehrsverein, Kaiserstraße 158 und Schalterkasten am Nord- und Südrande des Stadtgartenes) zu lösen.

**Ma. Ruppur.** Die Gartenstadt hatte am Sonntag einen großen Tag. Es galt, den von der Stadt in dem nahen Walde angelegten Kinderplatz einzuweihen. Der Wohnereauschuß hatte das Fest arrangiert, die Häuser prangten in schönsten Festschmuck und nachmittags zog Alt und Jung zum Festplatz. Reizend war der Festzug der Kinder unter Mitwirkung mehrerer Damen und Herren der Karlsruher Wandervogel, deren Bemühungen viel zum Gelingen des Festes beitrugen. Auf dem Spielplatze folgten dann Reigen, turnerische Aufführungen, Gesang, Musik, Kinderspiele, kurz alles was der Jugend einen unbeschäftigten Tag bereiten kann — Brekeln und Würfeln dazu nicht zu vergessen. Den Rezensenten und Spendern an dieser Stelle nochmals herzlichsten Dank.

**Ma. Tagelohn.** Ein braver Hauseigentümer. Zu dem unter dieser Spitzmarke gebrauchten Fall, wo ein Hauseigentümer einen Mieter roh behandelt hat, schildert der Hausbesitzer den Vorgang in einem Schreiben an uns, dem wir folgendes entnehmen: Am Montag früh schlief er (der Mieter) der „geschiedenen Frau“ in der Einfahrt ins Geschäft, worauf einen 25 Pfund schweren Sackloß auf sie, wobei sie bewußtlos wurde. Er suchte nach dieser großartigen Schandtat auszureifen, jedoch ist ihm erst auf der Straße stellen konnte. Er schlug auch auf mich ein, weshalb ich ihn in Notwehr nach bestem Können bearbeitete. Daß dabei mein Hund seinen Herrn beißt, wird doch wohl niemand annehmen. Meine „zukünftige“ ist nicht geschehen. Den Vermieter hatte ich in der Küche, sie hatte ihn mir nicht zu bringen. Der Eigentümer und die „geschiedene“ Frau wohnen keinen Geiseln, sondern ein Hinterhaus von 8 Meter Länge, 4 Meter Breite und 2 1/2 Meter Höhe, im lichten gemessen, mit einem Schopfaufbau. Das Erdgesch. ist durch eine Backsteinmauer in 2 Räume geteilt, mit je einem hohen Fenster. Auch ist bin der Ansicht, daß die Polizei hier eingreifen muß, um den Stall auszuräumen, aber den Stall im Vorderhaus. — Nach dieser Schilderung verhält sich der Fall anders wie er unserem Vordarler Mitarbeiter mitgeteilt wurde, der ein Opfer falscher Berichterstattung geworden zu sein scheint. Für dielei Streichhöhe einzutreten müssen wir ganz entschieden ablehnen, denn dazu ist die Arbeiterpresse nicht da.

**p. Polizeibehörde vom 10. Mai.** Die 51 a 1. In der Nacht vom 3. 5. 21 wurde aus einem Büro in der Bismarckstraße eine Rechenmaschine Marke Tripler Nr. 37558 mit der Aufschrift Grimme Katalog u. Co. A. Braunshweig, schwarz lackiert im Werte von 8500 M. von unbekanntem Täter entwendet. Für Wiederbeibringung der Maschine ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. — U n f a l l. In einer Fabrik in Mühlburg geriet gestern vormittag ein hier wohnhafter, verheirateter Tagelöhner zwischen die Räder einer hierer Mollwagen und erlitt eine schwere Quetschung des Brustkorbes, die seine Verbringung ins städt. Krankenhaus erforderlich machte.

**Die Zeit der Osttransporte naht heran.** Schon lang wird die Frage ventiliert: Bekommen wir in diesem Jahre billigeres Obst oder wenigstens zu nicht höheren Preisen als im vergangenen? Nach langem nicht gesagt werden, wie die Erträge ausfallen. Aber selbst wenn die Ernte gut und reichlich ausfällt, heuer hat sich ein neues Phänomen eingestellt, das die Hoffnungen auf billiges Obst zu zerschellen droht: die fast unerschütterlich hohen Transportkosten, hier speziell die Lagen für Erzeugnisverpackungen; denn — außer Wagonladungen — es kommt beim Obst nur diese Verwendungsart in Betracht, zumal die Post im Gepäcksverkehr überladen ist. Auch ist es Zeit, die drohende Gefahr einer Ostimmierung abzuwenden, wenn die Regierung rechtzeitig die früheren Ausnahmemaßregeln für landwirtschaftliche Erzeugnisse während der Ostzeit in Kraft treten ließe. Vor allem kämen in Betracht Äpfel, Erdbeeren, Heidelbeeren, Zwetschen usw. Alle diese Obstsorten werden vorzugsweise durch Gypstrag verhandelt. Wiederholt hat früher der Landtag solchen Ausnahmemaßregeln für die Ostzeit das Wort geredet, offensichtlich findet sich auch diesmal jemand, der dies dort in aller Kürze tut, da sonst zu befürchten ist, daß die Bauern das Obst zu Brennholz zurückzahlen oder folches an jene Kreise abgeben, denen eben kein Preis zu hoch ist.

**Volkshilf.** Heute Dienstag, den 10. ds. Mts., finden nunmehr, wie schon mitgeteilt, die seit langer Zeit schwebig erwartete erste Vorstellungen der hiesigen Oper: „Der Widhich“ oder „Die Stimme der Natur“ von A. Lortzing (O 1) statt. Zum großen Bedauern der Volkshilfsleitung machten es Wirtschaftsschwierigkeiten im Landesheater diesmal unmöglich, die Oper zu den vorgezeichneten Terminen herauszubringen. Doch hat die Generaldirektion die bestimmte Zusage gegeben, daß alle 7 Vorstellungen bis Ende Juni abgepielt sein werden. Die Besetzung der Oper ist dieselbe, wie bei der Neueinführung im Laufe dieser Spielzeit. Es sind beschäftigt die Damen Hofstetter, Ernst, Wolf, Tomaszik und Ruf, sowie die Herren Wuffard, Maly-Rotha und Hindemann. Der Auktus wird zunächst von Herrn Dante gegeben, der später mit unserem neuen Haushof, Herrn Glog, abzuwechseln wird. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Schweppe, die Spielleitung Herr Wuffard.

**Landesheater.** Als Nachfeier von Schillers „Lobstag“ gelang am Mittwoch, den 11. ds. Mts. die Schülerelektrovorstellung „Maria Stuart“ zur Aufführung. Es wird darauf hingewiesen, daß ein öffentlicher Verkauf stattfindet und für alle Plätze Karten an der Kasse zu haben sind. — In der Oper wird Lortzings „Undine“ am Freitag den 13. wiederholt.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 10. Mai 1921**

Von dem ozeanischen Tiefdruckgebiet dringen nur schwache Anläufer ins Binnenland ein und bringen strichweise Regenfälle und Gewitter. Da das Hochdruckgebiet seine Lage über Osteuropa behauptet, ist auch für morgen teilweise heiteres, warmes Wetter mit strichweisem Regen und Gewitter zu erwarten.

Voraussehbare Witterung bis Mittwoch, 11. Mai, nachts: Teilweise heiter, warm, strichweise Gewitter und mäßige Regenfälle.

**Wasserstand des Rheins**

Schutter insel 75, gef. 3; Reß 169, gef. 3; Marau 226, gef. 3; Mannheim 198, gef. 3 Zentimeter.

Nr. 107  
Seite 4  
Die  
reuz  
französi  
Ich  
zu best  
von den  
entfand  
Besagte  
stellen,  
rung be  
nich, W  
deutsche  
ligen B  
rimmun  
Wittell  
öffentlic  
werden  
den größ  
land zu  
hand zu  
Die  
Bewalt  
einstim  
stellung  
Einwohn  
treffen.  
tan. D  
Grubere  
an Ort  
angebr  
den Abg  
bahndur  
Oberfö  
sein.  
Be  
aller En  
über D  
der deut  
schlesig  
der Pol  
Kochsch  
Grenzgr  
der „D  
fanty ve  
die Wä  
werden,  
lanziert  
waffener  
Was die  
mit der  
mitgeteil  
berichtet  
gen Weg  
in Ober  
zeitung  
so ist da  
zwischen  
in teral  
land aus  
Besserung  
Korfanz  
gebietet  
in Ober  
Landes  
Am  
dormeriet  
den Vert  
besondere  
Böhl Gen  
welche de  
füllten.  
ners wur  
v o r t a  
Bachmei  
Nach  
Berjamm  
zulagen  
nur 3/4  
weist und  
die Gend  
zu Grund  
bezeichnet  
aus im G  
das gefan  
berwend  
die Staff  
aus und  
Ein weite  
zukünftige  
Staatspol  
Mitglied  
Kritiken  
Dinterst  
wurde gut  
Der  
sonntag  
in Anteil  
schrieben  
in seinem  
neuen Pri  
Schon vor  
einzelne a  
übergeben  
tagsberhan  
Studium  
gegenüber  
schäbberic  
stellungen  
lung. Wei  
Gefühl, da  
sichtungen  
genügende  
legte der



# Sunlicht Seife

hat vor allen gewöhnlichen Seifenarten den großen, unschätzbaren Vorzug **absoluter, stets nachweisbarer Neutralität.**

Diese Garantie bedeutet, daß sie frei von dem üblichen

**der Wäschefaser schweren Schaden bringenden Ueberschuß an Alkali oder anderen scharfen chemischen Beimischungen ist.**

Dadurch bringt Sunlicht Seife bei wunderbarer Waschwirkung der Leib- und Haushaltwäsche

## sicheren Schutz und Rettung.

**Städt. Freibank.**  
Hilfskassa  
Mittwoch 2-3 Uhr  
Nr. 651-700.  
Donnerstag 2-3 Uhr  
Nr. 701-850.

**Bad. Landestheater**  
Dienstag, den 10. Mai  
7 bis geg. 10 Uhr. A 17.-  
**Volksbühne 0 1**  
**Der Wildschütz.**

**Bruchkranke**  
können ohne Operation  
und Berufsunfähigkeit  
geheilt werden. Sprech-  
stunde in Karlsruhe,  
Hotel zur Sonne, am  
14. Mai von 9-11 Uhr.  
**Dr. med. Knopf,**  
Spezialarzt für Bruch-  
leiden.

**Wo kaufe**  
ich meine getr. Anzüge,  
Heberzieher, Hüter,  
Hosen, Weizeng., Wästel  
nhr., bei 4107

**A. Schap**  
4107 Kaiserstr. 67  
Eing. Waldhornstr.

**Gehrock-Anzug**  
u. Zylinder, einige gut-  
erb. Sacco-Anzüge, einz.  
Hosen, Wetter-Wästel,  
Gummihosen, all. tabell.  
erb. bill. abzugeben. Offen-  
meierstr. 32, II. Kretzsch.

**Palmen naturpräpariert**  
Vasenäste, Stab-  
und Hängepflanzen, Laubstauden  
**W. Eims Nachf.,** Kreuz-  
str. 4.

**Stadtgarten.** 1102  
Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 1/4 bis 1/2 7 Uhr

**Frühlings-Fest mit Sommertagszug**  
Kinderzug, Reigen, Gesangs-Aufführungen  
- Preisverteilung für die schönsten Wagen im Sommertagszug -  
**Doppel-Konzert**

ausgeführt vom „Musikverein Harmonie“, Leitung Herr Hugo Rudolph  
und der „Städt. Schüler-Kapelle“, Leitung Herr Hauptlehrer Wölfl.  
Eintritt (auch für den Tiergarten) M. 2.30 (Jahreskarten) M. 3.40 (Sonstige)  
Kinder je die Hälfte - Programm mit Zugordnung 60 S.  
Ausser den beiden Eingängen (Nord und Süd) ist auch der alte  
(östliche) Stadtgarteneingang, links von der Festhalle, geöffnet.  
Im Falle schlechter Witterung wird die Veranstaltung auf  
Donnerstag, den 12. Mai, verlegt.  
Vorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens.

Neu eingetroffen:  
Großer Posten

**Borhänge.**  
Lagerbesuch lohnend.

**Arthur Baer**  
Kaiserstraße 133, 1 Trepp.  
Eingang Kreuzstr. 4100

Regulateur u. Wieder-  
uhr zu verkaufen.  
Benzing, Luisenstr. 34.

**Feuerfestes Töpfergeschirr!**  
Tischplatten, Schüsseln, Kasserollen, Kuchenformen, Kaffee-  
u. Teekannen, Aufkasserollen, Blumentöpfe, Blumen-  
blumenteller, Böden, Wandbehälter, Brau-  
u. Töpfe 10 Stk., empfiehlt in reichlicher Auswahl

**W. Schmidt, Karlsruherstr. 18.**  
**Durlacher Anzeigen.**

**Kartoffel-Versorgung.**  
Am Mittwoch den 11. d. M. und Freitag den  
13. d. M., jeweils während des ganzen Tages bringen  
wir in der neuen Kaiserin (Wingartenerstraße) aus  
unseren selbstbesetzten Speicherkellern zur Ausgabe,  
Preis pro Zentner 40 Mark.  
Einer vorherigen Bestellung bedarf es nicht.  
Die Bezugsanweisungen hierfür sind in der Karten-  
ausgabe (Schlüsselkarte) in Empfang zu nehmen.  
Durlach, den 9. Mai 1921. 1129  
Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Todes-Anzeige.**  
Verwandten und Bekannten die tran-  
rige Nachricht, daß mein lieber Mann,  
unser treubestirter Vater, Sohn, Schwager  
und Onkel

**August Biehle**  
Schlosser

nach langem schwerem Krankenlager am  
Montag morgens 1/10 Uhr im Alter von  
38 Jahren durch einen sanften Tod erlöst  
wurde. Karlsruhe, den 9. Mai 1921. 4203

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Frieda Biehle, Witwe**  
nebst Kindern **Alex und Else.**  
Familie **Joseph Biehle.**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch,  
den 11. Mai, nachmittags 1/4 Uhr, von  
der Friedhofskapelle aus statt.  
Trauerhaus: Karlsruherstr. 58.

Mittwoch und Donnerstag  
11. u. 12. Mai, 7 1/2 Uhr, Eintracht

**2 Gastspiele**  
des Grossrussischen  
**Balaleika - Orchester**  
Leitung: **Dr. Sverkow**  
unter Mitwirkung der russischen Solo-  
tänzerinnen **Helene Sokolskaja** und  
**Olga Lolina** und der Solotänzer  
**Iwan Orlik** und **Michael Orlik.**  
Karten zu 12.-, 9.00, 7.20 u. 4.80.  
(einschl. Steuer) bei 4102  
**Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.**

**Diwans**  
neue, von 650 Mk. an.  
H. Köhler, Schützenstr. 25.

**Spigerhündin**  
schwarz, 1 1/2 J., weiß sehr  
schwarz, hübsch, 3, benach-  
tigt 1 1/2 J. 3 Wochen alte  
schöne Tiere sowie 1 Paar  
seltene Bergziegel  
(Gr. 44/45) bill. zu veräuß.  
Wielandstraße 28, 3th.  
Gallion. 4197

**„Nissin“**  
Kopfläuse  
Nichts anderes nehmen!  
Zu haben in allen Apo-  
theken und Drogerien.

**Preisabschlag.**  
An den hiesigen Regierungen werden von heute  
ab abgegeben:  
**gute bayerische Würstkonserven**  
1 kg-Büchse zum Preis von 7.50 Mark  
2 kg-Büchse zum Preis von 15.00 Mark.  
Karlsruhe, den 9. Mai 1921. 1124  
Städt. Schlacht- und Viehhof-Amt.

**Butter-Verteilung**  
Som 11. bis 14. Mai gelangen gegen die Waren-  
marke **Nr. 104** in den Zeitverkaufsstellen Nr. 128  
bis 147 je **50 Gramm Butter** und in den Zeit-  
verkaufsstellen Nr. 199 bis 254 je **50 Gramm**  
Butterschmalz zur Ausgabe.  
Karlsruhe, den 9. Mai 1921. 1127  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Sozialdemokr. Partei Karlsruhe**

**Todes-Anzeige.**  
Wir setzen unsere Mitglieder von dem  
Hinscheiden des Genossen

**August Biehle**  
Schlosser  
hierdurch gezeigend in Kenntnis. 4200  
Die Beerdigung findet Mittwoch nach-  
mittags 1/4 Uhr statt und eruchen wir  
um zahlreiche Beteiligung.  
Der Vorstand.

**Arbeiter - Radfahrerbund**  
„Solidarität“

Pfingst-Sonntag, 15. u. Montag, 16. Mai  
im „Kühlen Krug“

**25jährige Bundes-  
Jubiläums - Feier**  
unter gest. Mitwirkung des „Musikvereins  
Karlsruhe“, „Sängerbund Vorwärts“,  
sowie auswärtiger Kunst- u. Reigenfahrer

**Fest-Konzert**  
6 Uhr: Fest-Bankett.  
Montag, den 16. Mai:  
7 Uhr: Beginn des Wertungsfahren, Reigenfahren,  
Radsport- und Radpolospiel, Langsam- und  
Schnellfahren.  
11 Uhr: Frühstückenkonzert.  
2 Uhr: Radtour.  
4 Uhr: Konzert im „Kühlen Krug“.  
6 Uhr: Großer Festball.  
Eintrittspreis: Für Herren 3 Mark und  
Damen 1.50 Mark zu sämtlichen Veranstaltungen.  
Sportsfreunde sowie die hiesigen Partei- und  
Gewerkschaftsgruppen sind zu diesen Veranstaltungen  
freundl. eingeladen und bitten um zahlreichen Besuch  
4199 Der Fest-Ausschuss.

**Sängerbund „Vorwärts“ Karlsruhe**

Hiermit die Trauerbotschaft, daß gestern  
unerwartet unser langjähriges Mitglied

**August Biehle jr.**  
Schlosser  
verschieden ist.  
Seine Beerdigung findet Mittwoch  
nachmittags 1/4 Uhr statt. Wir eruchen  
um zahlreiches Trauergeleit. Die Säng-  
er treten sich an der Kapelle. 4200  
Die Verwaltung.

**Musikverein Karlsruhe**  
(Gewerkschafts-Orchester).

**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser  
traueres Mitglied

**August Biehle**  
am Montag morgen nach langem Kranken-  
lager sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch,  
den 11. Mai 1921, nachmittags 3/4 Uhr,  
statt. Treffpunkt: 3 Uhr vor der Friedhof-  
kapelle. Der Vorstand.

**Städt. Fischhalle** hinter dem  
Vierordtsbad  
Tägl. geöffnet von 8 Uhr morg. bis 6 Uhr abends.

**Ein Waggon Seefische**  
billige  
eingetroffen. 4206  
Schellfische, Kabeljau, Seelachs zu den be-  
kannt billigsten Preisen.  
**Geräucherter Schellfisch** 1 Pfund 3.-,  
Kollmops, Bismarckheringe Dose 20.-,  
Salzheringe, Stück 60 Pfg.  
- Bitte Einwickelpapier mitbringen. -  
**Max Schäfer, Tel. 4680.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband**  
Zweigverein Karlsruhe.

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß  
unser Kollege  
**Ludwig Demarez**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet heute nachmittags  
1/3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.  
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

**Schirm - Reparaturen**  
aller Art, werden schnell, sach-  
männlich u. billig ausgeführt bei 2097

**W. Kretschmar, Nachfolger**  
Karlsruhe, Schirmfabrik, Kaiserstraße 82 a.

**Kaufe u. verkaufe**  
fortwährend getragene Herren- und  
Damen-Bekleidungsstücke, Uniformen,  
Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Fern-  
gläser, Musikinstrumente, Gold-, Silber-,  
Bisonten, Möbel aller Art, Nähmaschi-  
nen, Kinderwagen usw. usw. 3096  
Geß-Angebote  
erbittet  
**Weintraub's** An- und Ver-  
kaufsgeschäft  
Kronenstrasse 52 - Telefon Nr. 3747.

**Konsumverein Durlach**  
und Umgegend

Zum Großverkauf empfehlen:  
**Ackerseife, Marke G.E.G., Doppelstück M. 3.20**  
**Schmierseife, Friedensqualität M. 3.- 5.50**  
**Wohnwachs**  
Dose 1/2 Pfd. u. 1 Pfd. M. 3.- 8.50  
**Staubseife, Rohbaar M. 28.-**  
**Seifenpulver, Feitfangenmehl**  
**Schneeräucher, Schneeräucher**  
**Schmalz, feste Qualität M. 11.-**  
**Kaffee, frisch gebrannt, 1/4 Pfd. M. 5.75 7.-**  
**Milch M. 2.70**

Auf unsere **neuen Schuhwaren**  
machen wir besonders aufmerksam.  
Verkauf nur an Mitglieder, Eintritt kann  
jederzeit erfolgen.  
Geld verschenken tut jeder beim Einkauf in  
Privatgeschäft, weil in jedem Kauf ein Gewinn  
für den Händler enthalten ist. Im Konsum-  
verein fließt die Ertragsüberschuss wieder rechtlich  
dem Käufer zurück. 4202

**Maßtatter Anzeigen.**

**Einladung.**  
Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu  
einer Sitzung auf  
**Freitag, den 13. Mai ds. Js.,**  
nachm. 5 Uhr,  
in den Sitzungssaal des Rathauses eingeladen.  
Tagesordnung:  
1. Erbbaupacht zwischen der Stadtgemeinde  
Maßtatt und der Baugenossenschaft Garten-  
stadt Maßtatt n. B. S.  
2. Festlegung des Maßpreises. 1130  
Maßtatt, den 9. Mai 1921.  
Bürgermeisteramt,  
Kerner. Keller.

**Baden-Baden.**  
Som 6. Mai 1921.

**Milchpreise.**  
Nachdem die Milchpreisen eine wesentliche Er-  
höhung erfahren und die anderen Städte bereits den  
Milchpreis erhöht haben, werden die Milchpreisauf-  
schläge in hiesiger Stadt mit Wirkung vom 10. Mai d. J.  
an wie folgt festgelegt:  
a) frei ins Haus geliefert oder bei den Ver-  
kaufsstellen abgeholt:  
1 Liter Vollmilch . . . . . M. 2.70  
1 Liter Mager- oder Buttermilch . . . M. 1.90  
b) ab Molkerei an die Verkaufsstellen und  
Milchhändler:  
1 Liter Vollmilch . . . . . M. 2.40  
1 Liter Mager- oder Buttermilch . . M. 1.60  
Der Stadtrat.